

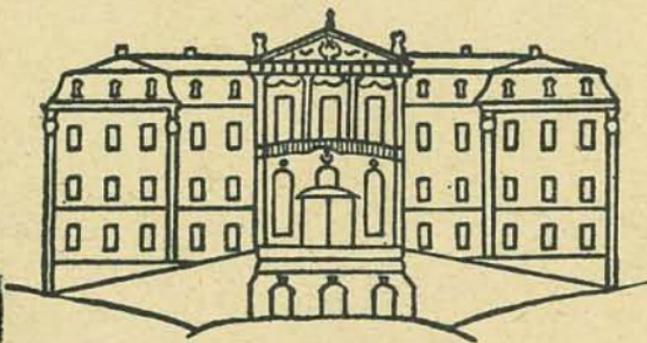
Hefte aus Burgscheidungen

---

Wolfgang Heyl

## Chancen des Friedens

Betrachtungen nach der Weltkonferenz  
„Religiöse Vertreter für die Rettung der heiligen Gabe  
des Lebens vor einer nuklearen Katastrophe“



214

---

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes  
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Eing.-Nr. 22304  
Sign. C410

Hefte aus Burgscheidungen

---

Wolfgang Heyl

## Chancen des Friedens

Betrachtungen nach der Weltkonferenz  
„Religiöse Vertreter für die Rettung der heiligen Gabe  
des Lebens vor einer nuklearen Katastrophe“

Christlich - Demokratische Union  
Zentrale Schulungsstätte „Otto Henschke“

1982

---

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes  
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

## Friede — Quelle der Gemeinsamkeit

Unterschiedlich waren die religiösen Auffassungen und Traditionen, von großer Breite war das Spektrum der politischen Ansichten und des sozialen Status jener rund 600 Teilnehmer aus 90 Ländern der Erde, die zur Weltkonferenz „Religiöse Vertreter für die Rettung der heiligen Gabe des Lebens vor einer nuklearen Katastrophe“ nach Moskau gekommen waren. Um so erstaunlicher und erfreulicher ist es, daß die Repräsentanten des Buddhismus, des Christentums, des Hinduismus, des Islam, des Judentums, des Shintoismus, der Sikhs und des Zoroastrismus zu gemeinsamen Auffassungen und zu konkreten Beschlüssen kamen. Was könnte wohl eindringlicher zeigen, wie fundamental, wie lebenswichtig, wie lebensnotwendig das Anliegen dieser Zusammenkunft ist! In der Tat — daß der Friede heute die Frage aller Fragen ist — auch die Moskauer Konferenz hat bewiesen, daß das eine weltweite Ansicht und Einsicht ist.

Es ist der Russischen Orthodoxen Kirche unter ihrem Oberhaupt, Seiner Heiligkeit dem Patriarchen von Moskau und ganz Rußland, Pimen, zu verdanken, wenn sich — seit 1977 nun schon zum zweiten Male — Vertreter der großen Weltreligionen zu Gesprächen über den Weltfrieden zusammengefunden haben. So konnten wir Christen erneut die Gewißheit gewinnen, daß wir mit Millionen anderer Menschen Seite an Seite stehen, die sich ebenso wie wir vom Glauben her zum Frieden gefordert wissen. „Gemeinsam machen wir die Mehrheit der Weltbevölkerung aus“, heißt es in dem von der Konferenz beschlossenen „Appell an die Oberhäupter und Mitglieder aller Religionsgemeinschaften“. Zwei Dinge, so erklärte der Patriarch in seiner bewegenden Ansprache an den Kongreß, hätten religiöse Menschen gemeinsam: das Bewußtsein der Verantwortung für den Inhalt des Erdenlebens und das Bewußtsein ihrer untrennbaren organischen Verbindung mit dem Leben anderer Menschen und mit der Existenz der Welt.

Auch der Vorsitzende des Vorbereitungskomitees dieser Weltkonferenz, Metropolit Filaret von Minsk und Weißrußland, hatte bei einer Betrachtung der geistlichen Basis der Friedensarbeit in den verschiedenen Religionen darauf hingewiesen, daß sie alle die Ideen der Liebe, der Brüderlichkeit und des Friedens als höchste Prinzipien menschlicher Beziehungen betrachten. Es sei bemerkenswert, so erklärte er, daß die am weitesten verbreiteten Religionen in keiner anderen Hinsicht einander so nahe seien wie in ihrem Friede-

densverständnis. Die Vorstellungen der Gläubigen stimmten so miteinander überein, daß die Lehre vom Frieden als Gemeingut aller Religionen bezeichnet werden könne.

In dem Grußschreiben des Hauptvorstandes unserer Christlich-Demokratischen Union Deutschlands an die Konferenzteilnehmer heißt es dazu: „Uns verbinden die gemeinsame Sorge um das Leben auf der Erde und der feste Wille, die Gefahr eines neuen verheerenden Krieges zu bannen. Uns christliche Demokraten in der DDR, die wir den biblischen Auftrag zu aktivem Friedensdienst in Übereinstimmung mit den Grundsätzen staatlicher Politik verwirklichen, erfüllt es mit aufrichtiger Freude, daß sich heute überall auf unserem Planeten gläubige Menschen auf die ihnen von Gott zugewiesene Verantwortung für die Schöpfung besinnen. Mehr denn je sieht sich die Menschheit heute vor die Kernfrage ihres Seins gestellt, vor die Alternative, den Weg eines friedlichen Miteinanders zu beschreiten oder das Risiko ihrer nuklearen Vernichtung einzugehen.“ Das religiöse Friedensforum sei eine Bestätigung dafür, daß das Friedensengagement der Gläubigen sich fest in eine weltumspannende Friedensbewegung einfügt.

Der Vorsitzende unserer Partei, Gerald Götting, und Altbischof D. Dr. Albrecht Schönherr hatten zusammen mit anderen Persönlichkeiten aus der ganzen Welt die Ehrenpatenschaft über die Konferenz übernommen.

Der Gedanke der gemeinsamen Sorge um das Leben der Menschheit und der Aufruf zum gemeinsamen Kampf gegen alles, was es gefährdet, waren es, die die eminente, in alle Welt reichende Bedeutung der Konferenz ausmachten. Einige wesentliche Gesichtspunkte seien herausgehoben.

1. Da war zunächst und vor allem die entschiedene Verurteilung des atomaren Krieges. Zwar hatten die Repräsentanten der Weltreligionen in ihrem Appell erklärt: „Wir als Gläubige vertreten unterschiedliche Ansichten über die Rechtmäßigkeit von Krieg und Gewalt.“ Aber „der neue Faktor, der in der Welt von heute... zutage tritt, ist die Tatsache, daß alles Leben von einem nuklearen Holocaust bedroht ist und daß ein nuklearer Krieg nur zu einer totalen Katastrophe führen könnte... Für einen nuklearen Krieg kann es niemals und unter keinen Umständen eine Rechtfertigung geben.“ Diese bedingungslose Verurteilung des Einsatzes von Atomwaffen stellt eine völlig neue Qualität der Gemeinsamkeit der Religionen im Kampf gegen die atomare Bedrohung dar.

2. Außerordentlich bemerkenswert ist die Analyse der derzeitigen internationalen Situation, wie sie in den Konferenzdokumenten zum Ausdruck kommt. Nicht nur glaubensmäßig, politisch und sozial heterogen war ja die Zusammensetzung der Teilnehmer. Sehr unterschiedlich waren auch die Beweggründe ihres Friedensstrebens — von tiefer Beunruhigung über das Anschwellen der Kriegsgefahr bis zu konsequentem Engagement für den Frieden und für den Sozialismus als stärkster Friedenskraft. Dennoch werden — bei aller hierdurch verständlicherweise hervorgerufenen Subtilität der Formulierungen — in den Dokumenten der Moskauer Konferenz die Quellen der Gefahr sehr deutlich beim Namen genannt:

- Trachten nach Profit durch die Eskalation des Wettrüstens;
- nationales Hegemoniestreben;
- Politik der militärischen, wirtschaftlichen oder politischen Konfrontation;
- die Ansicht, mehr Waffen bedeuteten mehr Sicherheit;
- die Unterdrückung und Ausbeutung, die in Ländern der sogenannten dritten Welt zu schreienden Verletzungen der Menschenrechte und der Menschenwürde führen.

Es war gar nicht erforderlich, die Verursacher dieser Gefahren namhaft zu machen. Jeder, der die Verhältnisse und Gegebenheiten in der Welt von heute auch nur einigermaßen kennt, weiß: Die sozialistischen Staaten sind es nicht. Sie kennen dank ihrer ausbeutungsfreien Ordnung keine Profitsucht. Kein Land der sozialistischen Gemeinschaft strebt nach der Herrschaft über irgendein anderes Land oder gar über die Welt. Die Außenpolitik dieser Staaten ist nicht von Konfrontation, sondern von friedlicher Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher gesellschaftlicher Ordnung geprägt. Und die sozialistische Staatengemeinschaft, ihr voran die UdSSR, ist es, die seit dem ersten Tag ihrer Existenz darauf dringt, die Waffenarsenale in der Welt auf einer so niedrigen Stufe wie nur möglich zu halten und am besten ganz abzurüsten.

3. Einen potentiellen Herd für einen Weltenbrand hat die Konferenz besonders herausgehoben: Europa. Dieser Erdteil, „die Wiege der modernen Zivilisation und der Schauplatz zweier Weltkriege in diesem Jahrhundert“, sei „mit Kernwaffen gesättigt“. Und „man versucht, noch neue hinzuzufügen“. „Es ist kein Wunder, daß die Völker Europas ihren Protest in massiven Demonstrationen noch nie dagewesenen Ausmaßes zum Ausdruck bringen.“ Wiederum gilt: Wer die Verhältnisse

kennt, der weiß, wer da versucht, den schon vorhandenen noch neue Kernwaffen hinzuzufügen. Es sind die Urheber des unseligen Raketenbeschlusses von Brüssel, denn die für 1983 ins Auge gefaßte Stationierung von Pershing II und Cruise Missile bringt neue, unabsehbare Gefahr für den Weltfrieden mit sich.

4. Historisch gewachsen hingegen, aber gerade heute unverzichtbar, ist eine weitere Grundaussage der Konferenz, nämlich die Absage an jegliche Art separaten religiösen Strebens nach dem Frieden in der Welt. „Um das Leben zu retten, muß sich die Menschheit vereinigen. Menschen aller Religionen und jene, die keine Religion haben, sollten zusammenarbeiten und müssen auf Politiker und Regierungsführer Druck ausüben.“ Das Entscheidende ist also, die Menschen zum gemeinsamen Kampf zusammenzuführen, die Vereinigung der Bestrebungen religiös für den Weltfrieden motivierter Menschen mit der großen Weltfriedensbewegung.

Was nun den in der zitierten Erklärung apostrophierten Druck auf Politiker und Regierungsführer angeht, so ist genau definiert, was damit erreicht werden soll, nämlich, kurz zusammengefaßt:

- Konfrontation durch Verhandlungen abzulösen;
- Herstellung, Tests und Stationierung neuer oder verbesserter Kernwaffen einzufrieren;
- das bestehende Kernwaffenarsenal schrittweise nach dem Prinzip der gleichen Sicherheit abzubauen;
- eine internationale Konvention des Verbotes aller chemischen und klimatologischen Waffen zu erreichen;
- kernwaffenfreie Zonen in bestimmten Gebieten der Erde zu schaffen;
- eine weltweite Aufklärungsaktion über die Konsequenzen eines Kernwaffenkrieges zu unterstützen.

Zum drittenmal gilt hier: Wer sich in der Welt von heute einigermaßen auskennt, wird wissen, welche Politiker und Regierungsführer gemeint sind und welche nicht. Unsere CDU gehört zu den staatstragenden Parteien der DDR. Sie entwickelt, verwirklicht und verantwortet ihre Politik mit — eine Politik, der es vom Tage der Staatsgründung an um Frieden und friedliche Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher gesellschaftlicher Prägung geht. Und unser Staat zählt daher ausnahmslos alles auf dieser Liste seit Jahr und Tag als zu den Anliegen und Zielen seiner Außenpolitik gehörend. Um nur ein Beispiel aus der jüngsten Zeit zu nennen: Der

Politische Hauptausschuß der 37. Vollversammlung der UNO hat alle westlichen Kernwaffenstaaten aufgerufen, sich wie die Sowjetunion zu verpflichten, nicht als erste diese Waffen einzusetzen. Dieser Aufruf kam aufgrund einer von der DDR und Kuba initiierten Resolution zustande.

Insgesamt kann von der Moskauer Weltkonferenz gesagt werden, daß ein Treffen dieses Inhalts und dieser Größe noch nie dagewesen ist. Die Konferenzergebnisse haben Gläubige in aller Welt in ihrem Widerstand gegen die Konfrontationspolitik der aggressivsten imperialistischen Kreise bestärkt, ermutigt und der Friedensbewegung neue Kräfte zugeführt.

An der Moskauer Konferenz haben aus unserem Lande Delegationen der CDU, des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR sowie weitere Persönlichkeiten als Vertreter internationaler Gremien teilgenommen. Dieses Beispiel zeigt, wie man im Dienst am höchsten Gut der Menschheit zusammenfinden kann.

Wir teilen die Meinung des Leiters der Delegation des Kirchenbundes, Bischof Dr. Horst Gienke: „Sich gegen die katastrophalen Folgen des Wettrüstens und eines Atomkrieges zu stellen, heißt heute insbesondere für Abrüstung zu wirken“. Es gehe um einen eigenständigen Beitrag der Religionen zum Frieden, weil Glaube und Friede eng zueinandergehören und weil Christen vor Gott Verantwortung für die Bewahrung des Friedens tragen. „Hier gibt es keine ‚Fluchtwege‘“, erklärte er. „Seine Verantwortung“, so sagte er weiter, „nimmt der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR unter anderem in Gesprächen mit Christen in anderen Teilen der Welt wahr“.

So hat es seine Bedeutung, daß in Moskau plastisch hervorgetreten ist, wie lebensnotwendig einerseits die gemeinsame Aktion aller Friedenskräfte ist und wie selbstverständlich jede Kraft der Friedensbewegung die speziellen Beweggründe ihres Engagements geltend und sichtbar machen kann. Wer immer dem Frieden ehrlichen Herzens dienen will — in dieser Gemeinschaft findet er seinen geachteten Platz.

Im Grußwort an das Plenum der Konferenz konnte ich hervorheben, daß für uns christliche Demokraten die Bewahrung des Lebens vor der Katastrophe des Krieges von Anbeginn an das oberste Ziel unserer Arbeit geblieben ist und daß wir uns von daher mit dem Anliegen der Konferenz in voller Übereinstimmung befinden. Uns alle verbindet das Ziel, der allen gemeinsamen Achtung des Lebens als heiliger Gabe durch das

gemeinsame Auftreten gegen seine akute Bedrohung nachhaltigen Ausdruck zu verleihen. So spiegeln die Beschlüsse und Vorschläge von Moskau denn auch einen guten Teil unseres eigenen Friedensdienstes wider. Wir glauben es dem Geist jener Konferenz und den Hoffnungen, die sie erweckt hat, schuldig zu sein, wenn wir, dem Versprechen in unserem Grußschreiben an die Konferenz gemäß, alle unsere Kräfte anstrengen, um gemeinsam, vereint mit allen anderen Menschen guten Willens, gegen die USA-Hochrüstung und insbesondere gegen den Brüsseler Raketenbeschluß der NATO dafür einzustehen, „daß unsere Erde, unser gemeinsames Haus, zu einer Heimstatt des Friedens wird.“

### Ende der Menschheit oder Ende der Kriege?

Diese Alternative, die in solch lakonischer Kürze vor uns allen steht, hat auch die Weltkonferenz beschäftigt. Und es gehört ebenso zu ihren Ergebnissen, daß sie sie mit jener Synthese von Realismus und Optimismus behandelt hat, die dem Weltdienst gläubiger Menschen wohl ansteht. So schließt der Appell an die Oberhäupter und Glieder aller Religionsgemeinschaften nach der ausführlichen Darlegung alles dessen, was gegen die Gefahr der Menschheitskatastrophe zu tun nötig ist, mit der Aufforderung, zu sprechen, zu handeln und mit Hoffnung und Vertrauen zu beten, damit die Erde vor dem verhängnisvollen Schicksal einer nuklearen Katastrophe bewahrt bleibe. Erschütternd genug war die Schilderung, die uns in Moskau die Japanerin Michiko Kurokawa, eine Überlebende des Atombombenabwurfs auf Hiroshima, auf der Konferenz von der damaligen Katastrophe gab.

Auf Hoffnung und Vertrauen gründet sich die Tatkraft, in der wir christlichen Demokraten von Anbeginn unseres politischen Wirkens unseren Friedensdienst getan haben. „Voll Gottvertrauen wollen wir unseren Kindern und Enkeln eine glückliche Zukunft erschließen“, haben wir 1945 im Gründungsauftrag unserer Partei gelobt.

In der heutigen Zeit gilt mehr denn je, daß es verantwortungslos wäre, das Anwachsen der Kriegsgefahr zu ignorieren. Doch ein noch größerer Fehler wäre es, zu ignorieren, daß es durchaus möglich ist, dem Krieg zu wehren. Für uns ist die Antwort auf jene Frage klar: Die Völker sind fähig, durch aktives und zielstrebiges Handeln einen Kernwaffenkrieg zu bannen und das Leben auf unserem Planeten zu erhalten. Der Frieden hat Chancen, und sie sind gut und zuverlässig. Sie lie-

gen in der Kraft der sozialistischen Staaten und in der Bewegung der friedliebenden Menschen in allen Ländern.

Deshalb teilen wir den Pessimismus des britischen Historikers E. P. Thompson nicht, wenn er das, was in westlichen Ländern nicht selten gesagt und noch häufiger gedacht wird, auf die extreme Formel bringt: „Das 20. Jahrhundert kriecht seinem Ende zu, den Rachen vollgestopft mit Gütern und menschlichem Blut. Seine größte Einfalkraft ist nur noch mit dem Tode beschäftigt. Es könnte beinahe besser sein, wenn wir die letzte Episode schnell hinter uns brächten und die Erde uns los wäre.“ Wir lehnen die fatalistische Ansicht ab, daß die Menschheit an sich selbst zugrundegehen muß, daß sie sich selber umbringt, daß die Unvernunft siegt, daß das Experiment der Natur, den Menschen als ein denkendes Wesen hervorzubringen, gescheitert sei, wie der geniale Physiker Max Born am Ende seines Lebens resigniert konstatieren zu müssen meinte.

Großartig ist, was menschliche Erfindungskraft im Laufe der Jahrtausende hervorgebracht hat — vom Faustkeil bis zur Kernspaltung. Gewaltig sind die unzähligen Früchte menschlichen Geistesschaffens. Das alles ist uns Menschen gegeben, um es zu bewahren und zu mehren, und nicht dazu, daß nun das Ende gekommen ist. Denn daß der Mensch ein wenig besser leben würde, wäre ihm nicht die Vernunft, jener „Schein des Himmelslichts“ gegeben, daß er sie wirklich dazu allein braucht, „um tierischer als jedes Tier zu sein“, das ist nicht die Wahrheit, sondern der Zynismus von Goethes Mephisto.

Auch jene christlichen Gruppierungen — vornehmlich in den USA zuhause — haben unrecht, die den Untergang nicht nur mehr des Abendlandes, sondern des ganzen Globus als Gottes Gericht über die hoffärtige, verderbte Menschheit für unausweichlich halten. Und ebenso weisen wir zurück, was die erzkonservative — um kein stärkeres Wort zu gebrauchen — „Evangelische Notgemeinschaft“ in der BRD erklärt, daß die Kirche den Mut haben müsse, „angesichts der unerfüllbaren Wunschträume der von Zukunftsängsten gequälten Menschen im Gegensatz zu den Diesseitserwartungen der Welt auf die Vorläufigkeit dieser Weltzeit mit ihrer Friedlosigkeit hinzuweisen und die Botschaft von der eschatologischen Erfüllung des Gottesfriedens zu verkünden.“

Nun ist ja in der Tat das, was hier die „Friedlosigkeit der Welt“ genannt wird, die Hauptquelle für all den Zukunftspessimismus, wie er in Denk- und Verhaltensweisen von Men-

schen der westlichen Hemisphäre und hier und da auch bei uns anzutreffen ist. Doch diese Friedlosigkeit ist der Welt nicht als unausweichliches Naturgesetz verordnet. Sie hat sehr handfeste subjektive Ursachen. Heute ist es die Hochrüstungs- und Konfrontationspolitik der aggressivsten Kreise des Imperialismus. Man kann diese Ursachen mit der vereinten Kraft der friedliebenden Staaten, Völker und Menschen bekämpfen, eindämmen und schließlich beseitigen. Deshalb kann man jene Weltuntergangsprophetie nicht anders denn als töricht und verantwortungslos, ja verbrecherisch bezeichnen. Dr. László Salgó, Oberrabbiner aus Ungarn, sagte in Moskau: „Die Geschehnisse werden nicht durch eine göttliche Eigenmacht gelenkt, sondern durch das moralische Leben der Menschen.“

Natürlich ist das Ringen um den Frieden noch nie so bedeutungsvoll, so schicksalsentscheidend gewesen wie heute, steht doch unvorstellbare Vernichtungskraft bereit. Für die Entfernung von Ländern und Erdteilen voneinander ist heute nicht mehr allein eine Kilometerzahl interessant, sondern auch die Zahl der Minuten, in der Raketen diese Entfernung überwinden. Längst rechnen die Militärs im Pentagon die Vernichtungskraft der ihnen verfügbaren Munition nicht mehr nach den Stückzahlen der Patronen, Granaten und Bomben, sondern nach „Overkill-Kapazität“. Dabei dürfte es unerheblich sein, wieviel Tonnen, umgerechnet in herkömmlichen Sprengstoff, pro Bewohner dieser Welt bereitstehen, wengleich die Zahlen, die auf der Konferenz dazu genannt wurden, erschreckend genug sind — mehr Sprengstoff als Lebensmittel pro Jahr und Erdenbewohner. Aber schon hundert Gramm würden ja genügen, um ihn umzubringen. Und ein Knopfdruck könnte ausreichen, um die Katastrophe auszulösen.

Dieser Knopfdruck brauchte zudem noch nicht einmal politischer Interessen halber zu erfolgen. Schon einfaches menschliches Versagen oder eine Panne im Nachrichtennetz, ein Betriebs- oder Verkehrsunfall könnte den Krieg ausbrechen lassen — Overkill aus Versehen sozusagen. Auch das wurde in Moskau von Konferenzteilnehmern mehrfach erklärt. Sie stützten sich auf Aussagen wie die von Roger Molander, Atomphysiker in den USA und einst Autor von Henry Kissingers Positionspapieren für SALT: „Meine Arbeit in den geheimsten Kommandozentralen der Nation hat mich überzeugt, wie sehr die Entscheidungsketten menschlichem Versagen, zahlreichen Zufällen und technischen Pannen ausgesetzt sind.“

Seit 1950 hat es übrigens 32 Unfälle mit amerikanischen Atomwaffen gegeben, wobei zwar glücklicherweise keine nukleare Explosion erfolgte, aber radioaktive Verseuchung auftrat. 151mal in den letzten anderthalb Jahren gab es im USA-Luftverteidigungskommando blinden Alarm. Vier Fälle, in denen die USA infolge von Computerfehlern oder Fehldeutungen von Satellitenbeobachtungen beinahe einen Kernwaffenkrieg ausgelöst hätten, schildert die amerikanische Zeitschrift „Newsweek“ allein aus der Zeit seit 1970. Die größte Gefahr ergibt sich wiederum aus dem Brüsseler Raketenbeschluß. „Die wenigen Flugminuten, die eine Eurorakete bis zu den Grenzen der Sowjetunion braucht, schließen die Möglichkeit aus, einen Konflikt, sollte er begonnen werden, mit irgendwelchen nichtmilitärischen Mitteln zu verhindern. Da die Vorwarnzeit zu kurz ist, bleibt ein nuklearer Vergeltungsschlag die einzige Möglichkeit. Eine Alternative dazu gibt es nicht... Es ist nicht ausgeschlossen, daß es infolge subjektiven menschlichen Versagens oder technischer Störungen zum Einsatz von amerikanischen Euroraketen kommen kann“, schreibt die sowjetische Presseagentur Nowosti mit Berufung auf Militärkreise der UdSSR.

Für uns Christen, denen Zuversicht ansteht und nicht Resignation, denen geboten ist, die Schöpfung tatkräftig zu bewahren und zu fördern und nicht, an ihr zu verzweifeln, wäre es bei allem Wissen um die Unvollkommenheit und Endlichkeit dieser Welt geradezu sündhaft, die Hände in den Schoß zu legen und etwa nur auf den Frieden im eschatologischen Sinne zu hoffen. Pater John Long S. J. vom Sekretariat für die Einheit der Christen beim Heiligen Stuhl erklärte in seinen Grußworten an die Weltkonferenz: „Obwohl es wahr ist, daß unsere Zukunft in den Händen Gottes liegt, und obwohl wir alle verkünden, daß eben die Gnade Gottes unser Schicksal leitet und ausrichtet, bedeutet das nicht, daß wir von der Aufgabe befreit werden, alle unsere Kräfte für die Verhinderung des Krieges und den Stop jeder Tätigkeit zu engagieren, die den Krieg in unserer Zeit wahrscheinlich macht.“ Wahrlich, Martin Luther hat recht gehabt, wenn er schon zu seiner Zeit sagte: „Den Frieden kauft man nie zu teuer, denn er bringt dem, der ihn kauft, großen Nutzen.“

Daß die Menschheit auf dem Pulverfaß atomarer Vernichtung lebt, ist ja leider keine Situation, die es gestern noch nicht gab. Die Gefahr der Menschheitskatastrophe schwelt, seit imperialistische Mächte aus dem gespaltenen Atomkern eine Waffe machten, statt ihn ausschließlich friedlich zu nutzen.

Doch seit die Hauptmacht des Sozialismus das Monopol dieser Waffe brach und seit es ein annäherndes militärisches Gleichgewicht in der Welt und in Europa gibt, war das Risiko, sie einzusetzen, für die Imperialisten zu groß geworden.

Heute jedoch spekulieren einflußreiche Kräfte der imperialistischen Hauptmacht USA darauf, das Kräftegleichgewicht in eine Übermacht zu ihren Gunsten verwandeln und die Sowjetunion in einem Kernwaffenkrieg besiegen zu können.

In den vergangenen Jahren nämlich haben diese Kräfte schwere Niederlagen hinnehmen müssen. Zerschellt sind die Erwartungen, die ihre Exponenten in die Entspannung gesetzt hatten. Die Repräsentanten der Rüstungsmonopole in den USA hatten seinerzeit diesen Weg akzeptiert — widerwillig zwar, aber in der Hoffnung, er werde zur Aufweichung und schließlichen Beseitigung der gesellschaftlichen Strukturen sozialistischer Länder führen. Diese Hoffnung war vergebens. Im Gegenteil, der Sozialismus wurde stärker und damit auch die Friedenskräfte. Andere Faktoren traten hinzu. Die Bevölkerung in Ländern wie Angola und Moçambique, Äthiopien und VDR Jemen hat sich erfolgreich gegen direkte Versuche gewehrt, diese Länder in westliche Botmäßigkeit zurückzuführen. Kampuchea war nicht vom sozialistischen Weg abzubringen. Die Volksrevolution in Nikaragua war erfolgreich. In El Salvador und anderen lateinamerikanischen Staaten steht es nicht gut um die Sache der von den USA ausgehaltenen Diktatoren. Die Entspannung, so Richard Pipes, außerordentlicher Berater Ronald Reagans während des Wahlkampfes, habe „keinen Wandel in den ‚totalitären‘ Systemen bewirkt. Daher sei die Entspannungskonzeption der westlichen Staaten gescheitert.“

Angesichts dessen suchen die Mächtigen der USA-Politik den außenpolitischen Ausweg in der Konfrontation. So wurde von der US-Administration geplant und von der NATO beschlossen, 1983 in Westeuropa 108 Mittelstreckenraketen „Pershing II“ und 464 „Cruise Missile“-Marschflugkörper zu installieren. Mit diesen typischen Erstschlagwaffen könnten erstmals von Westeuropa aus Ziele in der UdSSR erreicht werden, und zwar, wie schon dargelegt, praktisch ohne Vorwarnzeit, die bei Interkontinentalraketen immerhin noch 25 Minuten beträgt. Diese US-Raketenpolitik ist es, die die Sicherheit Europas und darüber hinaus der ganzen Welt gefährdet, dieser Kurs der Politik der Stärke, und kein irgend-

wie unausweichliches, von unbeeinflussbaren geheimnisvollen Mächten verordnetes Schicksal.

Prof. Luis N. Rivera, Katholik aus Puerto Rico, erinnerte in der Konferenzdebatte an einen Artikel, den zwei Experten aus dem Stab des amerikanischen „Atomdenkers“ Herman Kahn 1980 veröffentlichten. Die beiden Verfasser, Colin C. Gray und Kate Pain, gaben ihren Ausführungen den Titel „Sieg ist möglich“ („Victory is possible“) und schrieben: „Die Vereinigten Staaten sollten planen, die Sowjetunion zu besiegen, und dies zu einem Preis, der eine Erholung der USA erlauben würde. Washington sollte Kriegsziele festlegen, die letztendlich die Zerstörung der politischen Macht der Sowjets und das Entstehen einer Nachkriegsweltordnung, die den westlichen Wertvorstellungen entspricht, in Betracht ziehen.“ Man könnte das als Geschwätz von „Strategen des Irrsinns“ abtun, wie es die BRD-Zeitschrift „Der Spiegel“ machte. Allerdings ist Gray heute Berater von Präsident Reagan...

Dieser Kurs der aggressivsten imperialistischen Kräfte ist nun ganz gewiß das, was die Welt auf gar keinen Fall braucht. Normales Zusammenleben der Menschen und Völker mit ihren unterschiedlichen, ja nicht selten gegensätzlichen Lebensweisen, Wertvorstellungen und Auffassungen erfordert genau das Gegenteil, nämlich gegenseitigen Respekt und die Achtung der Interessen des anderen. Insbesondere erfordert es Verzicht auf Gewalt, Anerkennung der bestehenden Staatsgrenzen, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Länder, Suche nach friedlichen Lösungen strittiger Fragen und nach Gemeinsamkeiten sowie die Ausdehnung der Gebiete, auf denen Einvernehmen besteht. Nur so kann friedliche Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung gepflegt werden. Was aber absolut von Übel ist, das ist der Versuch, die eigenen Wertvorstellungen anderen aufzuzwingen, wie es aus den eben zitierten Äußerungen hervorgeht. Mit Recht sagte der Generalsekretär der Allafrikanischen Friedenskonferenz, Rev. Dr. Maxime Rafransa, in Moskau, seine Konferenz weise den Standpunkt von Nationen zurück, „für die der Weltfriede hauptsächlich eine Frage des Dominierens“ sei.

Von höchster Bedeutsamkeit ist deswegen der Appell der Weltkonferenz der Religiösen Friedenskräfte, „die Politik der Konfrontation und Feindlichkeit entschieden zu verurteilen, mit mehr Entschlossenheit und Wirksamkeit den Weg gegen-

seitiger Zusammenarbeit und der Lösung von Konflikten allein durch friedliche Mittel zu beschreiten“. Das ist es, was die Menschheit erkämpfen muß, um Schritt für Schritt das Ende der Kriege herbeizuführen. Eine ganz nüchterne und logische Überlegung steuerte in Moskau der baptistische Prediger Dr. Billy Graham dazu bei. In Erinnerung an den zweiten Weltkrieg sagte er, daß sein Land, die USA, und die UdSSR in Grundfragen auch damals nicht einverstanden waren. Da sie aber einen gemeinsamen Feind hatten, verbündeten sie sich gegen ihn. Heute haben alle Völker der Erde einen gemeinsamen Feind vor sich — die Gefahr einer drohenden nuklearen Zerstörung. So sollten sie sich ungeachtet aller Unterschiede zwischen ihnen in einem entschiedenen Bündnis gegen den gemeinsamen Feind vereinen.

### Die andere Strategie

Schlimm wäre es um diese Welt bestellt, wenn die Strategie der rücksichtslosen Durchsetzung von Interessen auch von der Sowjetunion und den anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft vertreten würde. Man stelle sich vor, es würde Gleiches mit Gleichem beantwortet. Es würde wahrgemacht, was antisozialistische Propaganda so gern behauptet, daß nämlich die sozialistischen Staaten darauf aus wären, ihrer gesellschaftlichen Ordnung auf der ganzen Welt mit Hilfe militärischer Aggressionen zum Siege zu verhelfen. Die Möglichkeiten dazu wären vorhanden. Schließlich gehört ein angemessener Teil des in der Welt angehäuften Nuklearsprengstoffes der Sowjetunion. Die „atomare Erpressung“, von der Antikommunisten so gern reden und die manche USA-Politiker so gern anwenden würden, könnte also auch von der UdSSR ausgehen. Jeder kann sich aber davon überzeugen, daß dies nicht der Fall ist. Wenn „die Russen“ hätten wirklich „kommen“ wollen, wie Politiker rechtsorientierter Parteien es den Westeuropäern seit Jahr und Tag als Schreckgespenst an die Wand malen, dann hätten sie das längst gekonnt. Viele Gelegenheiten hätte es gegeben.

Anfang 1945 hätte die Rote Armee durchaus bis an den Rhein gelangen können, zumal die USA die Atombombe damals noch nicht besaßen. Und der „atomare Knüppel“ existierte auch dann noch nicht, als Hiroshima und Nagasaki zerstört wurden. Die USA hatten nämlich damals insgesamt nur drei Bomben. Eine war zu Versuchszwecken gezündet worden. Monate dauerte es, bis neue hergestellt worden waren, denn das war damals reine Handarbeit. „Die Russen“

aber sind nicht gekommen. Statt dessen unterbreiteten sie 1946 der UNO den Entwurf einer „Konvention über die Verpflichtung der Staaten, Atomwaffen nicht anzuwenden, ihre Produktion und Lagerung zu verbieten und ihre Vorräte innerhalb von drei Monaten zu liquidieren“. Überheblich angesichts ihres damals noch existierenden Atomwaffenmonopols lehnten die USA ab.

Als die USA 1950 den Koreakrieg vom Zaune brachen und Westeuropäer aus Sorge vor sowjetischer Vergeltung Lebensmittel horteten und Kinder aus den Ferien zurückholten, kamen „die Russen“ wieder nicht, obwohl der spätere NATO-Oberbefehlshaber Alfred M. Gruenther, freilich gewiß übertreibend, 1955 feststellte: „Vor fünf Jahren... war es noch völlig sinnlos, sich darüber zu unterhalten, mit welchen Kräften die Sowjets zur Überrennung ganz Westeuropas antreten müßten. Damals hätten sie weiter nichts als Schuhsohlen dazu nötig gehabt.“ 1953/60, in der Eisenhower-Dulles-Ära, hätte die USA-Strategie von der UdSSR unterlaufen werden können, denn die Sowjetunion besaß Raketen mit größerer Schubkraft als die USA, was ja durch Weltraumexperimente bewiesen war, und schließlich waren damals alle strategischen Waffen leicht zu zerstören, weil sie ungeschützte Standplätze hatten und mit flüssigen Treibstoffen aufgetankt werden mußten. In den 60er Jahren wußte die Sowjetunion sehr wohl von der großen Anfälligkeit des Luftwarnsystems sowie von der wenig sicheren Ausgestaltung der Kommandozentralen des Pentagon und des Weißen Hauses.

Und heute? Wenn es die von westlicher Propaganda immer wieder behauptete und als Alibi für die Hochrüstung benutzte sowjetische Aggressionslust tatsächlich gäbe — was sollte die Politiker und Militärs der UdSSR angesichts ihrer angeblichen Überlegenheit auf militärstrategischem Gebiet veranlassen, mit einem Angriff zu warten, bis die Gegenseite nachgezogen hat? „Es ist nur zu bedauern“, erklärte Patriarch Pimen auf der Weltkonferenz, „daß bestimmte einflußreiche Kräfte im Westen in ihrem politischen und ökonomischen Interesse sich nicht scheuen, die ehrliche, offene, friedliebende Politik unseres Vaterlandes zu verleumden.“

In seiner Rede auf dem Plenum des Zentralkomitees der KPdSU im November 1982 bestätigte Generalsekretär Juri Andropow den unveränderten Kurs der UdSSR: „Die Gewährleistung eines dauerhaften Friedens und der Schutz der Rechte der Völker auf Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt — das sind die unveränderlichen Ziele unserer Außen-

politik.“ Und: „Die Entspannungspolitik ist keineswegs Vergangenheit. Ihr gehört die Zukunft.“

Diesen Zielen entsprechen die Vorschläge und Verhandlungsangebote der Sowjetunion von Anfang an:

- Mit dem Dekret über den Frieden vom 8. November 1917 trat die junge Sowjetmacht in die Weltarena ein.
- Zehn Jahre später legte sie der Genfer Abrüstungskonferenz einen Vorschlag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung vor.
- 1933 erstrebte sie im Völkerbund eine Konvention zur Definition des Aggressionsbegriffes als Voraussetzung zum völkerrechtlichen Verbot der Aggression.
- 1934 legte sie dort zahlreiche Vorschläge zur Durchsetzung des Prinzips der kollektiven Sicherheit vor.

Wären die anderen Mächte auf diese sowjetischen Initiativen eingegangen, wieviel günstiger wäre die Entwicklung seither verlaufen!

Rund 130 Vorschläge für Rüstungsbegrenzung und Abrüstung legte die Sowjetunion seit 1945 auf den Tisch. Bedeutende Abkommen sind auf ihrer Grundlage entstanden:

- Salt I und II;
- der Vertrag über das Verbot der Kernwaffenversuche in der Atmosphäre, im kosmischen Raum und unter Wasser;
- der Vertrag zwischen der UdSSR und den USA über die Einschränkung der unterirdischen Kernwaffenversuche;
- der Vertrag über die Prinzipien der Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums;
- der Vertrag über das Verbot der Stationierung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresgrund sowie
- weitere Konventionen globaler und territorialer Art, die Verbote, Begrenzungen oder Einschränkungen bei anderen Waffenarten vorsehen.

Dies alles zeigt doch, daß die unermüdliche Suche nach neuen Wegen und Gebieten, auf denen Einvernehmen angestrebt werden kann, durchaus sinnvoll ist, daß der Einsatz sich lohnt und daß es gilt, zäh und unverdrossen darum zu kämpfen.

Ein Vorschlag der Sowjetunion aber sei ganz besonders herausgehoben — ihre Botschaft an die 2. Sondertagung der UNO im Juni 1982 mit der feierlichen Verpflichtung, nicht als erste Kernwaffen einzusetzen. Das ist ja wahrhaft der Schlüssel zur endgültigen Beseitigung der Gefahr eines nuklearen Krieges: Schlössen sich ihr alle kernwaffenbesitzenden Staaten an, wie es die Volksrepublik China tat, wäre ein Atomkrieg ein für allemal unmöglich. Auf der 37. Vollversammlung der UNO im Herbst 1982 hat die Sowjetunion diese Verpflichtung wiederholt und eine Reihe detaillierter Vorschläge zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung in verschiedenen speziellen Bereichen folgen lassen.

Wir wissen, daß die USA-Administration es abgelehnt hat, ebenfalls eine solche Erklärung abzugeben. Die sowjetische Vorleistung sei, so war aus Washington zu hören, ein besonders raffinierter „Schachzug des Kremls“. Dort spekuliere man nämlich darauf, einen konventionellen Krieg beginnen und dabei das Risiko einer Vergeltung mit Atomwaffen ausschließen zu können. Wie fadenscheinig diese Argumentation ist, ergibt sich aus der Botschaft an die UNO-Tagung selbst. Nur ein paar Zeilen muß man weiterlesen, um zu erfahren: „Es gibt keinerlei Rüstung, die die Sowjetunion nicht bereit wäre, auf gegenseitiger Basis zu begrenzen oder zu verbieten.“ Juri Andropow hat auf der bereits erwähnten Zentralkomitee-Tagung der KPdSU erneut betont: „In einem Frieden ohne Waffen besteht das Ideal des Sozialismus.“ Ginge es den herrschenden Kreisen der USA wirklich um sicheren Frieden — nichts wäre einfacher, als die Sowjetunion beim Wort zu nehmen!

Die Initiativen der Deutschen Demokratischen Republik auf dem Gebiet der Abrüstung entsprechen dem außenpolitischen Konzept unseres Staates, unbeirrbar und beharrlich für die Sicherung des Friedens, für die Einstellung des Wettrüstens zu wirken. Dabei spielt die Tatsache, daß die DDR an der Trennlinie zwischen den beiden großen Gesellschafts- und Militärsystemen in Europa besondere Friedensverantwortung trägt, naturgemäß eine ausschlaggebende Rolle, vor allem für ihre Beziehungen zur BRD. Wie die gesamte Friedenspolitik unseres Staates, so sind auch sie davon bestimmt, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen darf.

Seit ihrem Bestehen hat die DDR stets ihren Beitrag dazu geleistet. So ist sie seinerzeit gegen die Remilitarisierung der BRD aufgetreten und hat konstruktive Vorschläge zum Verzicht und zur Begrenzung der Bewaffnung beider deutscher

Staaten gemacht. In den 50er und 60er Jahren galten ihre besonderen Anstrengungen der Verhinderung einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr, indem sie den eigenen Verzicht auf Nuklearwaffen aussprach. Als die diplomatische Blockade gegen die DDR gebrochen war, schloß sie wichtige Vereinbarungen mit der BRD ab, so den Grundlagenvertrag, das Transitabkommen und andere. Am Zustandekommen des Vierseitigen Abkommens über Westberlin war sie beteiligt. Die Vorbereitung und Durchführung der KSZE trug sie maßgeblich mit, ebenso die Ausarbeitung der Schlußakte von Helsinki. In Verwirklichung von deren Intentionen kamen zahlreiche Verträge der DDR mit nichtsozialistischen Staaten zustande.

Die Feststellung der neuen CDU/CSU-FDP-Regierung der BRD, daß angesichts der heutigen internationalen Lage die beiden deutschen Staaten eine besondere Verantwortung für den Frieden tragen, betrachten wir als eine Grundlage für die weitere Entwicklung der Beziehungen gemäß den Prinzipien der friedlichen Koexistenz und hoffen, daß entsprechende Taten folgen werden.

Bei allen Gesprächen über Rüstungsbegrenzung und Abrüstung gibt es nur eine einzige Einschränkung: Verhandlungsergebnis kann nie eine Ungleichheit im Sicherheitssystem zwischen Ost und West sein. Diese Einschränkung stieß bei den Teilnehmern der Moskauer Weltkonferenz auf Verständnis. Patriarch Pimen wurde zugestimmt, als er feststellte: „Der Politik der Bedrohung, des Machtstrebens, die sich sogar in Friedensverhandlungen einmischt, kann nur die Politik entgegengestellt werden, die auf Vertrauen und Gleichberechtigung beruht.“

Solange jedoch der Friede ohne Waffen noch nicht möglich ist, halten wir es mit der Erklärung Papst Pauls VI., daß „die Abrüstung allgemein und generell sein müßte, soll sie nicht zum unverzeihlichen Fehler eines utopischen Optimismus, einer blinden Naivität und verlockenden Gelegenheit werden, die nur dem Machtanspruch anderer von Nutzen ist. Entweder rüsten alle ab, oder man unterläßt strafbar seine Selbstverteidigung.“ Der Sozialismus braucht Frieden und schafft Frieden — auch durch seine Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Solange seine Gegner unentwegt versuchen, ihn gewaltsam zu beseitigen, solange es Stimmen gibt wie die der „New York Times“ vom 20. März 1981, „daß ein Krieg unvermeidlich ist, wenn sich die Sowjetunion nicht vom Kommunismus lossagt“, solange muß der Sozialismus bewaff-

net sein. Gerade heute, da die internationalen Spannungen infolge des Hochrüstungskurses der USA ständig steigen, wäre es verantwortungsloser denn je, die Verteidigungsfähigkeit des Sozialismus zu vernachlässigen.

Wer dennoch die Auffassung vertreten sollte, daß die Staaten des Warschauer Vertrages „übrerrüstet“ seien, der möge bedenken, daß ihre militärische Verteidigung an der Größe des zu schützenden Territoriums, an der Gesamtlänge der Grenzen und dem Grad der möglichen Gefährdung gemessen werden muß. Die geographische Position des Warschauer Vertrages wird allein schon mit einem Blick auf die Karte der amerikanischen Militärpräsenz deutlich. Rund 300 Stützpunkte und etwa 2000 militärische Einrichtungen in 32 Ländern der Erde mit einer halben Million US-Soldaten bilden einen Ring um die Staaten des Warschauer Paktes — von Japan, Südkorea, Taiwan und den Philippinen im Osten, Diego Garcia, Saudi-Arabien und Israel im Süden, der Türkei, Griechenland, Italien, der BRD, Belgien, Holland, Spanien und Marokko im Westen bis zu Großbritannien und Island im Norden. USA-Flotten patrouillieren im Stillen und im Indischen Ozean, im Mittelmeer und im Atlantik.

Zudem haben die Armeen des Warschauer Vertrages eine Fläche von 23,5 Millionen Quadratkilometern zu verteidigen. Das europäische Territorium der NATO hingegen beträgt nur zwei Millionen Quadratkilometer, also etwa neun Prozent. Die USA selbst könnten ihre Grenzen gegebenenfalls mit relativ geringen Kräften sichern. Doch das wird nicht nötig sein. Sie sind nicht eingekreist, und niemand bedroht sie.

Das alles muß bei der Einschätzung der militärischen Kraft der sozialistischen Gemeinschaft mit ins Kalkül gezogen werden. Wer unvoreingenommen die gesamte Politik der sozialistischen Staatengemeinschaft betrachtet, wird erkennen: Diese Politik ist in ihrer Friedfertigkeit wie in ihrer Verteidigungskraft der sicherste Garant einer friedlichen Zukunft der Menschheit, den man sich vorstellen kann. Das hat einleuchtende Gründe: In sozialistischen Ländern gibt es niemanden, der daran interessiert ist, das Wettrüsten anzuheizen, weil es niemanden gibt, der Profit daraus ziehen könnte. Und der Sozialismus kann am besten im Frieden gedeihen.

Die Erfolge im Ringen um internationale Entspannung, wie sie in den siebziger Jahren zu verzeichnen waren, sind in allererster Linie der konsequenten Friedenspolitik der Gemeinschaft der sozialistischen Länder zu verdanken. Diese Politik ist fest im Wesen des Sozialismus verwurzelt. „Auf

dem Hintergrund der aggressiven Schritte der USA geben die Friedensinitiativen der UdSSR der Menschheit Glauben und Hoffnung“, erklärte auf der Moskauer Konferenz der Präsident des Asiatischen Buddhistischen Friedenskongresses, Sumantissa. Die Tatsachen bestätigen das. In der Friedensliebe und der Verteidigungsfähigkeit der sozialistischen Staatengemeinschaft liegen die erste und zuverlässigste Chance für das Sehnen der Völker nach Frieden und die begründete Hoffnung, daß trotz der Versuche der aggressivsten imperialistischen Kreise, zur Politik der Stärke, des kalten Krieges und der Konfrontation zurückzukehren, eine nukleare Katastrophe vermieden werden kann.

### **Weltweite Antikriegs-Koalition**

„Der einzige Ausweg“, so sagte der Präsident der Christlichen Friedenskonferenz (CFK), Károly Tóth, in seiner Ansprache an uns Konferenzteilnehmer, „besteht darin, alle Kräfte zu vereinigen für die Sache der Verhinderung der Katastrophe“. Dieser Aufgabe widmet sich die Weltfriedensbewegung seit ihrer Gründung im Jahre 1949. Sie vereint Christen, Marxisten und andere Humanisten, um der Macht der Aggressionspolitik die Gemeinsamkeit der Friedenskräfte entgegenzustellen. Es ist unsere Auffassung, daß sie ihre stärkste und verlässlichste Stütze in der Friedenspolitik der sozialistischen Staatengemeinschaft hat.

Wir christlichen Demokraten wirken von Anfang an in der Friedensbewegung mit. Unionsfreunde, allen voran Otto Nuschke, gehörten zu ihren Begründern. Wie wir, so haben auch die Christliche Friedenskonferenz, die Berliner Konferenz europäischer Katholiken (BK) und weitere christliche Gruppierungen von nationalem und internationalem Charakter, in denen zahlreiche Mitglieder unserer Partei beispielhaften Friedensdienst leisten, seit Jahrzehnten ihren festen Platz in der Weltfriedensbewegung.

Die Bürger der DDR sind ja überhaupt in ihrer Gesamtheit eine millionenstarke Friedensbewegung. Sie gestalten die Staatspolitik ihres Landes als Friedenspolitik und haben stets ihr unüberhörbares Wort zum Frieden gesagt — vom Votum für den Stockholmer Appell für das Verbot der Atomwaffen 1950 über die Massenproteste gegen die amerikanische Aggression in Vietnam bis zu den 13 Millionen Unterschriften gegen den Brüsseler Raketenbeschluß, um nur einige der markante-

sten Beispiele herauszugreifen. Diese Bewegung umfaßt alle sozialen Schichten und alle Weltanschauungen. Sie vereint alt und jung. Bewegt sein für den Frieden, für ihn einzutreten und zu kämpfen — das ist uns wahrlich nichts Neues.

Neu hingegen ist das mächtige Anschwellen der Antikriegsbewegung auf allen Kontinenten in der heutigen Zeit. Die Moskauer Konferenz war ja eines der Merkmale dafür — ein Merkmal von hoher Signifikanz. Das Neue zeigt sich in einer ganzen Reihe von Erscheinungen. Die Schar derer, die sich in westlichen Staaten für den Frieden engagieren, ist zu einem Millionenheer angewachsen. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß es keine Bevölkerungsschicht gibt, die da nicht vertreten wäre — bis hin selbst zu verantwortungsbewußten Angehörigen großbürgerlicher Kreise und zu solchen Repräsentanten des Großkapitals, die nicht an der Rüstungsproduktion beteiligt sind und vom jetzigen imperialistischen Kurs ernste wirtschaftliche Nachteile befürchten müssen. Wohl noch nie seit dem Ende des zweiten Weltkrieges haben sich so umfassende, sozial unterschiedliche und zum Teil sogar gegensätzliche Kräfte um den Frieden geschart wie gerade jetzt.

Der Hauptgrund für diese Breite ist zuallererst die Furcht, daß die imperialistische Hochrüstung in einen heißen Krieg umschlagen könnte. Es ist jedoch keine lähmende Furcht, sondern sie führt zur Aktion. So finden sich denn Angehörige der Arbeiterklasse mit Realpolitikern aus den Reihen des Bürgertums zusammen, Kommunisten mit Christen, Menschen unterschiedlichster weltanschaulicher Prägung, sozialer Herkunft und Parteizugehörigkeit, Gewerkschafter, Jugend- und Frauenorganisationen, Industrie- und Landarbeiter, arbeitslos Gewordene, Studenten, Künstler, Ärzte und viele andere.

Neu ist weiterhin, daß sich nicht nur kommunistische, sondern auch andere Parteien an dieser Bewegung beteiligen. So wandten sich führende Vertreter christlicher Parteien der Niederlande und Belgiens, die britische Labour-Party und mehrere Landesverbände der SPD gegen den Stationierungsbeschluß der NATO. Selbst in einigen konservativen Parteien ist es zwischen den Befürwortern dieses Beschlusses und denen, die ihn für verfehlt, überflüssig oder gefährlich halten, obwohl sie keineswegs der Sympathie für den Sozialismus verdächtig sind, zu oftmals heftigen Auseinandersetzungen gekommen. Das hat zur Folge gehabt, daß Proteste gegen die gegenwärtige westliche Militärstrategie bis in die Parlamente von NATO-Staaten getragen wurden — wahrlich ein Novum. „Tatsache ist“, so das US-Nachrichtenmagazin „Newsweek“,

„daß der Druck der Friedenskräfte in kleineren Ländern wie den Niederlanden und Belgien und auch bei den größeren Nationen bis ins Zentrum der europäischen Politik vordringt.“

Zu den aufsehenerregendsten neuen Momenten gehört, daß in der Front der Kriegsgegner heute ehemalige hohe Militärs stehen. Allein acht frühere NATO-Generale hat der BRD-Friedensforscher Prof. Gerhard Kade interviewt. Es sind Offiziere, die zum Teil jahrzehntlang an entscheidender Stelle an der Ausarbeitung der NATO-Strategie mitgewirkt haben. Das sind zweifellos Persönlichkeiten, die wissen, wovon sie reden, wenn sie — bei aller Distanz zum Sozialismus — den sogenannten Nachrüstungsbeschluß der NATO einhellig als eklatant friedensgefährdend und als für die Sicherheit des Westens völlig unnütz bezeichnen. Zwei davon haben an der Konferenz in Moskau teilgenommen. Der eine war General a. D. Francisco da Costa Gomes, der als portugiesischer Staatspräsident 1975 für sein Land die Schlußakte von Helsinki unterzeichnete. Auf der Tagung der BK in Berlin trafen wir uns wieder und hatten ein interessantes Gespräch. Der andere General a. D. M. H. von Meyenfeldt aus den Niederlanden, der bis 1980 Gouverneur der Königlichen Militärakademie seines Landes war. Er war es, der in der Diskussion der Konferenz ein detailliertes und fundiertes Bild der NATO-Doktrinen eines nuklearen Krieges zeichnete. Er schlußfolgerte daraus, daß es nötig sei, die Politik der Konfrontation fallenzulassen und die Strategie des Überlegenheitsstrebens durch eine Strategie abzulösen, die die Sicherheit des anderen respektiert.

Auch die Regierenden in den USA selbst sind — im Unterschied zu früher, ausgenommen die Endphase des Vietnamkrieges — mit einer echten Volksbewegung für den Frieden konfrontiert. Die Demonstration der 500 000 in Washington am 19. September 1981 war die damals größte in der Geschichte der Vereinigten Staaten. Nur wenige Monate später, am 12. Juni 1982, folgte jener Demonstration eine noch gewaltigere Friedensmanifestation. 1,5 Millionen Amerikaner wandten sich in New York gegen den Hochrüstungskurs ihrer Regierung und forderten das Einfrieren der nuklearen Rüstung. An der Seite der Hochrüstungsgegner der USA finden sich selbst ehemalige Präsidenten, Minister und Generale, jetzige Kongreßabgeordnete und Senatoren — Politiker mit zum Teil weltbekanntesten Namen wie etwa Edward Kennedy oder die früheren Außenminister Henry Kissinger, Edward Muskie und Harold

Brown. Es sind Persönlichkeiten, die die Politik der USA oft über Jahrzehnte maßgeblich mitgestaltet haben, jetzt aber ihre warnende Stimme erheben. So vertreten der ehemalige Verteidigungsminister Robert McNamara, der langjährige Botschafter der USA in der UdSSR George Kennan, der frühere Sicherheits-Sonderberater des USA-Präsidenten, McGeorge Bundy, und der Leiter der SALT-Verhandlungen, Gerard Smith, in einer gemeinsamen Erklärung die Meinung, es sei höchste Zeit, eine Politik des Verzichts auf einen atomaren Erstschlag aufzunehmen. Der ehemalige CIA-Direktor Herbert Scoville veröffentlichte ein Buch „MX: Rezept für die Katastrophe“. Das Einfrieren der nuklearen Rüstung forderten die ehemaligen Diplomaten W. Avarall Harriman, William E. Colby und Paul C. Warnke. Inzwischen ist die Forderung nach Umkehr vom Hochrüstungskurs in bisher acht Bundesstaaten auch zum erklärten Wählerwillen geworden. Während der Kongreßwahlen im November 1982 entschieden sich bis zu 72 Prozent der an entsprechenden Abstimmungen Beteiligten gegen diesen Kurs.

Neu ist schließlich die Rolle, die junge Nationalstaaten in Asien, Afrika und Lateinamerika in der Friedensbewegung spielen. Viele von ihnen leisten heute ihren Beitrag zur Friedenssicherung und üben einen positiven Einfluß auf die UNO aus, auch in Sachen Rüstungskontrolle und Abrüstung. Insbesondere sind das die Länder mit sozialistischer Orientierung. Viele Initiativen für den Frieden kommen aus nicht-parteigebundenen Ländern. Ein Aspekt dieser Initiativen, den wir in Europa vielleicht manchmal nicht ständig im Blickfeld haben, ist auf der Weltkonferenz von Vertretern aus der „Dritten Welt“ mehrfach zur Sprache gebracht worden — die Sorge davor, daß Länder mit aggressiven politischen Konzeptionen wie Südafrika oder Israel in den Besitz anwendungsbereiter Kernwaffen gelangen könnten.

In dem Appell des Weltkongresses an die Oberhäupter und Mitglieder aller Religionsgemeinschaften wurde diese Sorge aufgegriffen. Zypern, Angola, Namibia und Sambia werden als Beispiele für Länder genannt, „die in der Nähe eines mächtigen Nachbarn leben, der nicht davor zurückschreckt, die Grenze zu überschreiten, Bomben zu werfen und schutzlose Menschen anzugreifen. Wir schauderten bei dem Gedanken daran, wieviel größer ihre Unsicherheit wäre, wenn aus der potentiellen Nuklearmacht dieser Nachbarn, die das Völkerrecht nicht respektieren, eine reale Nuklearmacht würde.“

Mehr und mehr auch wird erkannt, wie notwendig Rüstungseinschränkung für die Stärkung der ökonomischen Basis und der politischen Unabhängigkeit dieser jungen Staaten ist. Die Interdependenz von Entspannung und Abrüstung einerseits und dem Fortschritt dieser Staaten andererseits ist heute, wie das auch in Moskau zum Ausdruck kam, unbestritten.

Die Aktivitäten der jungen Nationalstaaten wiederum haben Rückwirkungen auf die Friedensbewegung. Das zeigt sich darin, daß in ihren Aktionen öfter die Forderung gestellt wird, dauerhafte und gerechte Lösungen für die Probleme im Nahen und Mittleren Osten, in Südafrika, Südamerika und Südostasien zu schaffen. Auch die Forderung nach Senkung der Rüstungskosten zugunsten Notleidender in den Entwicklungsländern wird immer stärker und kommt auch in den Dokumenten der Moskauer Konferenz zum Ausdruck. Es war ergreifend, was Delegierte aus diesen Ländern in aller Nüchternheit und Sachlichkeit über Hungernde, Verhungerte und Seuchenopfer in ihren Ländern berichteten und beispielsweise vorrechneten, daß allein mit dem Geld, das in nur vier Stunden in der Welt für die Rüstung ausgegeben wird, die Malaria völlig ausgerottet werden könnte.

Natürlich bringt die große Breite der Front der Kriegsgegner auch eine große Vielfalt in den Meinungen und Auffassungen mit sich. Den konsequentesten Mitstreitern der Weltfriedensbewegung, die klar und deutlich auf den Imperialismus als Verursacher der Kriegsgefahr und auf den Sozialismus als Verteidiger des Friedens hinweisen, erwächst daraus die Aufgabe, Geduld, Beharrlichkeit und gute Argumente aufzuwenden, um objektivistisches Gleichsetzen von USA und UdSSR, als ob auch von dieser irgendwelche Gefahr ausgehe, oft verbunden mit pazifistischen Strömungen und auch mancher Blüte der Utopie, überzeugend zu widerlegen.

Es ist verständlich, daß uns christliche Demokraten die große Beteiligung religiös orientierter und motivierter Kräfte an der mächtig anwachsenden Friedensbewegung besonders beschäftigt. „Mit Dankbarkeit“, so heißt es im Grußschreiben unserer Partei an den Weltkongreß, „stellen wir fest, daß seit der ‚Weltkonferenz religiöser Vertreter für dauerhaften Frieden, Abrüstung und gerechte Beziehungen zwischen den Völkern‘ die Zahl derer gewachsen ist, die aus dem Glauben an die Verheißung eines Friedens durch Gott die Pflicht zu aktivem Friedensdienst ableiten.“

Die Einsicht in die Verantwortung des Christen für den Frieden der Welt war es, die die Teilnahme einer Delegation unserer CDU an diesem Forum bestimmt hat. Als Christen wissen wir uns in der Frage des Friedens ja in doppelter Weise angesprochen. Zum einen sind wir, wie alle Menschen, denen Unfriede und Krieg Schaden bringt, als soziale Wesen am Frieden interessiert und zum Friedensdienst gerufen. Das weist uns zu diesem Dienst an der Seite anderer, religiöser und nichtreligiöser Friedenskräfte. Zum anderen resultiert der Anstoß zum Friedensdienst für uns aus unserem Glauben. Das Evangelium fordert uns, Frieden zu suchen und zu bewahren. Das macht unseren Dienst spezifisch und unterscheidet ihn insofern von dem anderer Friedenskräfte.

Das, was uns mit Nichtchristen im Einsatz für den Frieden verbindet, betrifft also das „Wohin“. Das, was uns von ihnen unterscheidet, betrifft hingegen das „Woher“. Anders ausgedrückt: Aus unterschiedlicher Motivation gelangen Christen und Nichtchristen zum Friedensdienst. Am wirksamsten aber wird er, wenn sie auf gemeinsamen Wegen weiterschreiten, wobei jeder das Recht und die Möglichkeit hat, aus der jeweils eigenen Motivation seine Aspekte, Anschauungen und Meinungen sichtbar zur Geltung zu bringen. Ein Friedensbeitrag, der aus der biblischen Botschaft erwächst, wird allemal anders sein und andere Zielgruppen haben als ein Beitrag von Nichtchristen. So hob denn auch Unionsfreund Otto Hartmut Fuchs in Moskau für die BK hervor, daß derartige interreligiöse Begegnungen keinesfalls als Konkurrenz zu ähnlichen Initiativen zu verstehen seien.

Beides, das Gemeinsame wie die Spezifik, sollte uns gleichermaßen wichtig sein. Aus der Gemeinsamkeit ergibt sich, daß wir in unserem Dienst von den Realitäten, von einer Position der Parteilichkeit für den Frieden, von der Einsicht in die wirksamsten Mittel und Möglichkeiten, ihn zu schützen, ausgehen — genauso wie alle anderen, die sich zu diesem Dienst bereiftinden. So wie überall im Leben genügt ja auch hier der gute Wille allein nicht. Vielmehr ist Sachkunde gefordert, Wissen von den Ursachen der Entstehung von Konflikten zwischen den Völkern und von den Möglichkeiten, sie auf friedlichem Wege auszutragen. Es ist notwendig, die Kräfte zu kennen, die in der Welt von heute für oder gegen den Frieden wirken. Nur dann wird man selber auf rechte Weise Position beziehen können. Die Konferenz von Moskau hat dem in beispielhafter Weise dadurch entsprochen, daß namhafte Wissenschaftler von ihrem Fachgebiet aus die Situation dargelegt und kommentiert haben.

Das heißt andererseits aber nicht, daß Christen ihr Engagement für den Frieden nur von einer bestimmten gesellschaftspolitischen Position aus wahrnehmen könnten. Um es ganz deutlich zu sagen: Sozialismus und Frieden gehören zusammen, aber natürlich nicht in der Weise, daß man außerhalb des Sozialismus nichts für den Frieden tun könnte. Eine ganz wichtige Seite der mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution geborenen Idee und Politik der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher gesellschaftlicher Struktur ist es ja gerade, daß keinem Staat zugemutet wird, um des Friedens willen seine gesellschaftliche Ordnung zu ändern, sondern daß sie vielmehr von der jeweils vorhandenen Position aus für friedliches Neben- und Miteinander in der klassengespaltenen Welt eintreten können. Darauf beruht ja die territoriale, soziale und weltanschauliche Breite der Weltfriedensbewegung, und darauf beruhte ebenfalls die Breite der Moskauer Konferenz. Es war den einzelnen Beiträgen deutlich anzumerken, daß die Redner nicht nur von einer bestimmten religiösen, sondern auch von unterschiedlichen politischen, von ganz spezifischen sozialen Einstellungen aus an die Dinge herangingen und trotzdem zu einem Konsensus kamen.

„Der Friede ist das Wichtigste.“ Dieser Satz ist von großer Tiefe. Er besagt eben auch, daß der, der ihn bejaht, bereit ist, sich mit ausnahmslos allen Menschen auf der Welt zusammenzufinden, die das gleiche sagen und wollen — selbst mit Antikommunisten, obwohl diese Feststellung vielleicht manchen verwundern mag. In seiner Rede auf der Tagung der BK im November 1982, in der er auf die Moskauer Konferenz einging, sagte der Rigaer Bischof Valerians Zondaks dazu: „Wenn sich die Aussage ‚Es gibt Wichtigeres als den Frieden‘ und das Wort ‚Es gibt nichts Wichtigeres als den Frieden‘ gegenüberstehen, so kann unsere Position als Christen nur dort sein, wo der Friede als die wichtigste Aufgabe unser Denken und Handeln bestimmt. Solche Haltung, von wem immer sie eingenommen wird, entspricht dem Willen Gottes für das Wohl und das Heil der Menschheit.“

#### Nicht mehr „Rufer in der Wüste“

Wer es unternimmt, sich über Friedensinitiativen christlicher und im engeren Sinne kirchlicher Persönlichkeiten und Institutionen in westlichen Ländern zu informieren, wird heute manchen im Unterschied zu vergangenen Jahren und Jahrzehnten neuen Akzent wahrnehmen. Zunächst ist fest-

zustellen, daß die Anzahl dieser Stimmen schier unüberschaubar geworden ist. Längst vorbei sind die Zeiten, da es einzelne „Rufer in der Wüste“ waren, die an die Sorgepflicht von Christen und Kirchen für den irdischen Frieden mahnten und dafür nicht selten ins kirchliche Abseits gestellt wurden. Heute scheint es in christlichen und kirchlichen Kreisen auch des Westens direkt zum guten Ton zu gehören, sein Wort zur Friedensfrage zu sagen. Das ist eine begrüßenswerte Sache, selbst wenn die Vielgestalt dieser Stimmen beinahe ebenso groß ist wie ihre Zahl. Schließlich ist da ja etwas in Gang gekommen, gibt es eine Diskussion, haben diejenigen in den Kirchen, denen Friedensengagement von jeher eigen war, mehr Möglichkeiten, mit ihren Erfahrungen, Anschauungen, Argumenten gehört zu werden.

Einige Beispiele aus den USA: Eine wachsende Zahl von katholischen Oberhirten forderte schon 1981 die 50 Millionen Katholiken in den Vereinigten Staaten auf, sich der Bewegung gegen die Kernwaffen anzuschließen. Erzbischof John Roach erklärte damals als Präsident der nationalen Bischofskonferenz und somit Oberhaupt aller Katholiken der USA: „Im Weltmaßstab ist das atomare Wettrüsten heute die wichtigste moralische Frage in der öffentlichen Diskussion. Die Kirche in den Vereinigten Staaten hat eine besondere Verantwortung, diese Frage zur Sprache zu bringen.“ Erzbischof Raymond Hunthausen von Seattle im Bundesstaat Washington hat mit seinem Vorschlag, aus Protest gegen die Kernwaffen keine Steuern für die Rüstung mehr zu bezahlen, weltweites Aufsehen erregt. In Amaville (Texas) rief Bischof Leroy Mathiesen die Arbeiter einer örtlichen Waffenfabrik auf, lieber ihren Arbeitsplatz zu verlassen als weiterhin nukleare Sprengköpfe zusammenzusetzen. Die Konferenz der religiösen Frauen, eine Organisation, der 80 Prozent der Äbtissinnen in den USA angehören, wandte sich in einem einstimmig gefaßten Beschluß auch gegen die Aufstellung von Atomwaffen. Nur ein Oberhirte kann zitiert werden, der anderer Ansicht ist. Bischof O'Rourke aus Illinois meinte, es könne etwas Schlimmeres als den Atomkrieg geben, nämlich eine von Kommunisten beherrschte Welt ...

Den bisherigen Höhepunkt der Bewegung und einen noch nie dagewesenen Vorgang innerhalb der katholischen Kirche der USA stellt die Zustimmung von 195 Bischöfen zum Entwurf eines Hirtenbriefes dar, der trotz massiver Drohungen von Regierungsvertretern zustandekam. Er befürwortet

vor allem das Einfrieren der nuklearen Waffen sowie den Verzicht auf die Androhung ihres Einsatzes und auf ihre Erstanwendung. Dieser Entwurf, so erklärte der Vorsitzende unserer Partei, Gerald Götting, in einem Schreiben an den Präsidenten der Nationalen Bischofskonferenz der USA, „ermutigt und bestärkt nicht nur Millionen amerikanischer Katholiken, sich in diesem Sinne zu engagieren. Er hat nach unserer Auffassung auch eine starke Wirkung auf den Friedensdienst von Christen in vielen Teilen der Welt.“

Der Leitungsausschuß des Nationalen Rates der Kirchen Christi in den USA hält es für falsch, daß „alle Widerstände bei uns und in Übersee den Machenschaften der Kommunisten zugeschrieben werden.“ Kritisiert wird, daß die Reagan-Regierung offenbar entschlossen sei, „Amerika zur ‚Nummer eins‘ in der Welt zu machen. Nicht ‚Nummer eins‘ der Literatur, der Lebenserwartung oder der Hilfe für weniger entwickelte Länder, nicht ‚Nummer eins‘ in Freiheit von Kindersterblichkeit, von Drogensucht, von Kriminalität und Selbstmord, sondern vielmehr ‚Nummer eins‘ in militärischer Überlegenheit, der Fähigkeit, anderen unseren Willen aufzuzwingen oder bei diesem Versuch zahllose Menschen zu töten.“ Arie R. Brouwer, Generalsekretär der Reformierten Kirche in den USA, ging in seiner Ansprache auf der Weltkonferenz noch weiter: „Die Kirchen in den Vereinigten Staaten verurteilen zunehmend das Wettrüsten und die Teilnahme Amerikas daran als eine Beleidigung der nationalen Ehre, als eine unerträgliche Immoralität, die unserem tiefen Glauben widerspricht, als eine Quelle der Entfremdung von der Menschenfamilie.“

In Kirchen vieler anderer Länder zeigt sich seit längerem Ähnliches. Dazu nur zwei Beispiele: In Norwegen haben 515 kirchliche Amtsträger, darunter fünf Bischöfe, durch ihre Unterschrift die Aktion „Pastoren gegen Atomwaffen“ unterstützt. „Sie stellen“, so schreibt das Publikationsorgan „Church of Norway News“, „40 Prozent der Geistlichkeit dar und kommen aus allen theologischen Richtungen und Altersgruppen. Parallel dazu unterzeichneten 80 Prozent aller methodistischen Geistlichen Norwegens eine ähnliche Erklärung.“ Die katholische Bischofskonferenz von Japan veröffentlichte ein Dokument, in dem alle Bischöfe der Welt aufgerufen werden, einen Appell zur Abrüstung zu unterzeichnen, der der UNO zugeleitet werden soll. „Japan ist bislang das einzige Opfer eines atomaren Angriffs“, sagte der Erzbischof von Tokio, „und wir glauben, daß die katholische

Kirche in diesem Land die Aufgabe hat, für nukleare Abrüstung zu kämpfen.“

Angesichts solcher Stimmen und Haltungen kirchlicher Kreise fällt es um so schwerer, die Diskrepanz zwischen den theologischen Erwägungen zum Frieden und der Bedrohungs-lüge als Ausgangspunkt der Sachdarstellung in jener Denkschrift zu übersehen, die die Evangelische Kirche in der BRD unter dem Titel „Frieden wahren, fördern und erneuern“ veröffentlichte.

Die Friedensbewegung ist also, wie sich zeigt, inzwischen selbst in einer Reihe von NATO-Staaten zu einem Faktor geworden, an dem die Regierenden nicht vorbeikönnen. Lawrence Friedman, der am Londoner Königlichen Institut für internationale Angelegenheiten die Abteilung für politische Studien leitet, stellte fest: „Die Protestbewegungen in Westeuropa gebieten wegen ihres spektakulären Wachstums und ihre radikalen Grundsätze höchste Aufmerksamkeit. Ihre Erfolge haben die NATO gezwungen, ihre strategischen Patentlösungen zu überdenken. Es wird ganz einfach schwierig, die Waffen einzuführen, die als notwendig erachtet werden, um die bestehende Doktrin der NATO anzuwenden.“

So versuchen denn die Vertreter und Nutznießer des Hochrüstungskurses, die Friedensbewegung zu paralysieren. Das geschieht vornehmlich auf drei Wegen. Der eine Weg ist die Verketzerung: Von „Moskau“ sei die Friedensbewegung in den USA gelenkt, behauptete etwa NATO-Generalsekretär Luns auf der Nordatlantischen Versammlung im November 1982 in London und rief damit energische Proteste hervor. Der Abgeordnete der Demokraten im Repräsentantenhaus der USA, Philipp Burton aus Kalifornien, verwies auf die schon erwähnte Entscheidung der Wähler in acht USA-Bundesstaaten und wies jede Anspielung zurück, daß dahinter Kommunisten stünden. Senator Clairborne Pell aus Rhode Island, ebenfalls Angehöriger der Demokratischen Partei, erklärte, die Protestaktionen in seinem Land seien nicht von der Sowjetunion gesteuert, sondern spontaner Ausdruck der vorhandenen Besorgnis.

Der Obere der Dominikanergemeinschaft in Bottrop in der BRD sagte auf einer von dieser Gemeinschaft veranstalteten Wochenendaktion „Schritte zum Frieden“: „Wir sind es leid, als nützliche Idioten Moskaus bezeichnet zu werden, weil wir uns für Frieden und Abrüstung einsetzen. Wir wollen viel-

mehr ganz klar die Frage stellen: Wessen nützliche Idioten sind eigentlich diejenigen, die für die Nachrüstung eintreten?“ In einer Erklärung forderten die weit über 100 Teilnehmer der Veranstaltung denn auch „als ersten Schritt ... den Verzicht auf die Stationierung zusätzlicher Mittelstreckenwaffen (Cruise-Missile, Pershing II, Neutronenwaffe).“

Der Generalsekretär der Christlichen Friedenskonferenz, Pfarrer Dr. Lubomir Mirejowski, rief in Moskau dazu auf, die Millionen Menschen, die für Frieden und Abrüstung demonstrieren, „zu ermutigen und zu unterstützen. Es ist sehr wohl möglich, daß diese Brüder und Schwestern eines Tages das harte Los der Diskriminierung und Verfolgung auf sich nehmen müssen. Es steht nicht in unserer Macht, ihnen Schutz zu gewähren, aber wir sollten sie wissen lassen, daß wir sie moralisch unterstützen und ihnen unsere Solidarität zeigen, denn ihr Kampf ist auch unser Kampf.“

Zu den Versuchen der imperialistischen Konfrontations-Interessenten, die Friedensbewegung unwirksam zu machen, gehören nicht selten Scheinzugeständnisse. Hatte man beispielsweise für den Raketenbeschluß von Brüssel noch die Bezeichnung „Doppelbeschluß“ (der Öffentlichkeit wurde vorgetauscht, daß die Stationierung von Ergebnissen von Verhandlungen mit der UdSSR abhängt) und erkaufte man sich nicht zuletzt damit die Zustimmung der kleineren NATO-Partner, so erklärte der „Abrüstungsberater“ im Weißen Haus, Gray, jetzt, die NATO brauche die geplanten Systeme auf jeden Fall, ob die sowjetischen Mittelstreckenraketen abgeschafft würden oder nicht. So laufen denn auch trotz der Verhandlungen die Stationierungsvorbereitungen.

Ein geradezu klassisches Beispiel für solches Taktieren ist auch die von der USA-Administration vorgeschlagene „Null-Lösung“. So gut sie zunächst klingt, so wenig kann sie zu mehr Sicherheit beitragen. Im Gegenteil würde sie das annähernde militärische Gleichgewicht bedenklich ins Schwanken bringen. Denn sie fordert einen schlechten Tausch: Die UdSSR soll auf alle Mittelstreckenraketen verzichten, die USA wollen nur die Installation der neuen (Pershing II, Cruise Missile) unterlassen. Und sie bezieht nur diese beiden Staaten ein. So würde die Durchführung dieses Vorschlages bedeuten, daß die Sowjetunion weiterhin vom vorhandenen land-, see- und luftgestützten Potential der USA, Frankreichs und Englands erreichbar bliebe, selbst aber dieser Bedrohung nichts mehr entgegensetzen hätte. Denn sie müßte mit dem Verzicht auf landgestützte Raketen ihr Hauptpoten-

tial preisgeben — etwa 80 Prozent. Die USA hingegen könnten das meiste behalten, da sie nur 22 Prozent landgestützte Raketen besitzen.

Es gab von vornherein keinen Zweifel, daß dieser Plan für die UdSSR indiskutabel war. „Wenn schon Nullvariante, so soll sie für alle Nullvariante sein“, erklärte der sowjetische Wissenschaftler Georgi Arbatow auf der Moskauer Konferenz. Doch einige Kräfte in westlichen Friedensbewegungen haben sich von Reagans Vorschlag täuschen lassen. Dieses Beispiel zeigt, wie dringend nötig Faktenkenntnis zum effektiven Wirken für den Frieden ist.

Eine dritte Taktik besteht in dem Versuch, die Friedensbewegung „umzudrehen“ und sie statt gegen die Hochrüstung der NATO gegen die Verteidigungskraft der sozialistischen Staaten zu richten. Der Präsident der USA spricht gern vom Frieden. Welcher Staatsmann, der nicht als Kriegshetzer verschrien werden möchte, täte das nicht. „Wir wünschen den Frieden“, erklärte er nicht nur einmal. Doch die Presse seines eigenen Landes deckt auf, wie das gemeint ist. So kritisiert „International Herald Tribune“ seine Vorstellung, daß man „den Russen auf allen Ebenen entgegenzutreten und sie zur Änderung ihres Systems zwingen müsse“. „Newsweek“ schrieb, anstelle von Kompromiß und Wettstreit der Systeme „begann die Regierung davon zu sprechen, daß man „die Oberhand über das sowjetische System gewinnen müsse“. Dazu gehöre, daß sich die sowjetische Gesellschaft „liberalisiere“. Präsidentenberater Richard Pipes sagte es ganz unverblümt: „Es gibt keine Entspannung. Die sowjetische Führung wird sich entscheiden müssen zwischen einer friedlichen Änderung ihres Systems nach westlicher Art oder dem Krieg.“

So sieht das also aus. Friede ja — aber nur dann, wenn die Sowjetunion, wenn die anderen sozialistischen Staaten „Wohlverhalten“ zeigen und sich möglichst zur Selbstaufgabe ihrer Verteidigungskraft oder gar noch ihrer gesellschaftlichen Ordnung bereitfinden. Man stelle sich vor, die sozialistische Staatengemeinschaft hätte solche Vorbedingungen für Friedensverhandlungen gestellt, hätte von den USA oder anderen westlichen Ländern Gleiches verlangt! Es ist keine Frage, wie diese darauf reagiert hätten. Friedliche Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen — es sei wiederholt — beruht aber eben darauf, daß diese Systeme sich in friedlichem Wettstreit messen. Nur so kann es gehen, ohne die Menschheit ins Verderben zu stürzen.

Je klarer jedoch die Ursachen und Verursacher des Wettüstens erkannt werden, um so weniger wird es den Gegnern der Friedensbewegung gelingen, deren Anhänger und Mitstreiter irrezuführen und zu paralysieren, sie zur synchronen Gegnerschaft gegen USA und UdSSR oder gar zur Protestbewegung gegen angebliche Aggressionslust der Sowjetunion umzufunktionieren. Wir jedenfalls werden nichts versäumen, um solchen Versuchen entschieden entgegenzutreten.

So heterogen die Zusammensetzung der Friedenskräfte auch ist, so unterschiedlich ihre Beweggründe, so verschieden ihr Erkenntnisstand, so läßt sich doch sagen: War seit 1945 der Friede noch nie so gefährdet wie jetzt, so war auch die Bewegung gegen den Krieg noch nie so stark, so breit, so umfassend wie jetzt. Mit Recht kann man sie zu den Chancen des Friedens zählen. Sie vermag gemeinsam mit der sozialistischen Staatengemeinschaft die Gefahren zu bannen, von denen der Weltfriede durch die aggressivsten Kreise des Imperialismus bedroht ist.

#### Wirtschaftliche Aspekte

„Um das Leben zu retten“, so heißt es in dem Appell der Moskauer Weltkonferenz an die Oberhäupter und Mitglieder aller Religionsgemeinschaften, „müssen Wissenschaft und Technik, die mächtigsten Instrumente in den Händen der Menschheit, aus ihrer Abhängigkeit von Krieg und Profit befreit werden, um den wirklichen Interessen der Menschheit zu dienen, wie beispielsweise der Ausrottung von Krankheit und Unwissenheit, Hunger und Unterernährung, Armut und Leid.“ „Das Wettrüsten“, so Generalsekretär Arie R. Brouwer aus den USA auf der Konferenz, „tötet unsere Wirtschaft und die Menschen, die sie aufbauen. In den Industrieländern mit Marktwirtschaft führen die Ausgaben für die Militarisierung, die in Form einer Spirale hochklettern, zur Pest der Inflation und Arbeitslosigkeit, zerstören die Produktivität... Die Militärausgaben der ganzen Welt sind zur Zeit dem Jahreseinkommen der ärmeren Hälfte des Planeten gleich. Fast eine Milliarde Menschen werden um ihr tägliches Brot gebracht.“ Das ist fürwahr eine realistische Sicht der Dinge.

Daß der Zusammenhang von Hochrüstung und Sozialabbau auch der Friedensbewegung in den USA nicht verborgen geblieben ist, zeigten allein schon die in Demonstrationen mitgeführten Plakate „Frieden — Jobs — Gerechtigkeit“. Rund 1,9 Billionen Dollar will die USA-Regierung in den Jahren

1982—1988 für Rüstungszwecke ausgeben. Es ist schwer, sich einen Begriff von der Größe dieser Summe zu machen, aber vielleicht geht es so: Man stelle sich eine Million Dollar, gestapelt in 1000-Dollar-Scheinen, vor. Das wäre ein Bündel von etwa 17 cm Stärke, man kann es noch mit beiden Händen umfassen. Eine Billion Dollar in 1000er-Scheinen wäre hingegen ein 170 Kilometer hoher Turm, der beinahe an die Umlaufbahn des erdnächsten Satelliten (200 Kilometer) heranreicht.

Ein anderer Vergleich: In dem in den USA erscheinenden Magazin „Time“ war zu lesen: „Die 1,5 Billionen, die Reagan vom Fiskaljahr 1981 bis 1986 für die Aufrüstung verwenden will, würde ausreichen, um die Last sämtlicher Staatsschulden abzutragen, wobei sogar noch hundert Milliarden übrigblieben. Damit könnte eine volle Jahresleistung von Gütern und Diensten eines so stark industrialisierten Landes wie Japan finanziert werden. Dazu muß jeder Amerikaner mehr als 10 800 US-Dollar nach dem Steuersatz von 1979 beitragen.“ Es ist klar, daß selbst eine so entwickelte kapitalistische Wirtschaft wie die der USA eine solche Summe nicht ohne weiteres aufbringen kann. Doch stellt Washington darüber hinaus noch Forderungen an die NATO-Partner und drängt auf ein Mindestwachstum des Rüstungsetats in diesen Ländern von real vier Prozent im Jahr.

Und schließlich ist auch noch folgendes zu bedenken: Im Gegensatz zu den Zeiten vor dem zweiten Weltkrieg gehen die Rüstungskosten der kapitalistischen Staaten nach Kriegen oder Perioden der Spannung nicht mehr zurück, sondern steigen ständig weiter an. Dadurch kommt es zu einer permanenten Belastung der Volkswirtschaften durch diese Kosten. Auch waren noch nie vorher so viele Länder von Rüstungsbelastungen erfaßt wie jetzt.

Die Folgen dieser Anspannung sind, daß die Rüstung der Lösung dringender sozialer, ökonomischer, wissenschaftlich-technischer und ökologischer Probleme im Wege steht, sowohl für die einzelnen Nationen als auch in weltweiter Hinsicht. Da die Ausgaben für Rüstung faktisch einen Abzug vom Nationaleinkommen darstellen, hemmen sie das Wirtschaftswachstum. Insgesamt kann man dem zustimmen, was James A. Joyce in der Monatszeitschrift „Forum der Vereinten Nationen“ schrieb: „Die Behauptung, daß Rüstungsausgaben der Volkswirtschaft nützen, gehört zu den hartnäckigsten Märchen unserer Zeit.“

Das ist deshalb richtig, weil wenigstens drei hauptsächliche, die Werkstätigen kapitalistischer Staaten schwer be-

drückende Erscheinungen von diesen Ausgaben bestimmt oder zumindest maßgeblich mitbestimmt werden: Arbeitslosigkeit, Inflation, sozialer Abbau. Es ist doch gewiß kein Zufall, daß die Arbeitslosigkeit in jenen Ländern besonders hoch ist, in denen auch die NATO-Hochrüstungspolitik am intensivsten betrieben wird. Sowohl in der Rüstung als auch in der Arbeitslosenquote nehmen die USA und Großbritannien die ersten Plätze ein. Mittlere Positionen haben die BRD und Frankreich inne. Am niedrigsten von allen bedeutenden kapitalistischen Industriestaaten ist die Arbeitslosigkeit in Japan, das keinem Militärpakt angehört.

Der Zusammenhang von Rüstung und Verlust der Arbeitsplätze im Kapitalismus ist ökonomisch nicht zuletzt damit begründet, daß die Rüstungsindustrie je Einheit eingesetzten Kapitals nur etwa die Hälfte der Arbeitskräfte benötigt wie die übrige Wirtschaft. Zudem absorbiert sie große Teile des vorhandenen Kreditvolumens. Dadurch steigen die Zinsen, was sich wiederum hemmend auf die Industrieproduktion auswirkt und zum weiteren Verlust von Arbeitsplätzen führt. Einer amerikanischen Untersuchung zufolge würde eine Senkung der Rüstungskosten um 30 Prozent die Arbeitslosenrate um 2,1 Prozent senken. Eine Erhöhung der Rüstungskosten um 30 Prozent hingegen würde die Zahl der Arbeitslosen um 1,7 Prozent steigern.

Hartnäckig hält sich in westlichen Ländern die Behauptung, ohne die Rüstungsindustrie gebe es noch weniger Arbeitsplätze, wäre die Arbeitslosigkeit also noch größer. In einer Studie eines Westberliner Instituts für Konfliktforschung heißt es dazu aber: „Es ist zwar richtig, daß Rüstungsaufträge Arbeitsplätze schaffen und sichern, doch nimmt dieser Effekt von Rüstungsausgaben immer mehr ab. Rationalisierung in der Produktion trägt ebenso dazu bei wie der wachsende Anteil von Spitzentechnologen in der Rüstung.“

Die Rüstung ist es auch, die verhindert, dringend nötige und von vielen Seiten geforderte Arbeitsbeschaffungsprogramme in Angriff zu nehmen. Denn solche Programme würden zunächst einmal zu weiterer Staatsverschuldung führen. Zusätzlich zu den Schulden durch den Rüstungshaushalt aber kann keines der in Frage kommenden Länder sie sich leisten.

Ebenfalls gehören unter kapitalistischen Verhältnissen Rüstung und Inflation zusammen. In den imperialistischen Hauptländern steigen die Inflationsraten ständig, so vom Durchschnitt der 60er zum Durchschnitt der 70er Jahre auf fast das Dreifache. Durch die immer höher werdende Staatsverschuldung und die ebenfalls steigenden Defizite in den

Staatshaushalten dieser Länder wird die Inflation immer weiter angeheizt. Zu den Hauptursachen dieser Defizit-Politik aber gehören wiederum die Rüstungsausgaben.

Die Inflation höhlt die Reallöhne aus. Die Verbraucherpreise steigen derart rasch, daß die Ergebnisse von Tarifkämpfen der Entwicklung hinterherzuhinken beginnen. So zeigt sich als neue Erscheinungsform in zahlreichen imperialistischen Staaten, daß die Werkstätigen tatsächliche Lohnverluste erleiden. Eine Steigerung der Nominallohne von 8,6 Prozent stand beispielsweise 1980 in den USA eine Erhöhung der Lebenshaltungskosten von 13,4 Prozent gegenüber. In der BRD waren die Reallöhne 1980 das erste Mal seit 1950 rückläufig, und zwar um 0,6 Prozent. 1981 sanken sie schon um zwei Prozent. Am härtnäckigsten sind die betroffenen, die die geringsten Einkommen haben, da sie den prozentual größten Anteil ihres Geldes für Miete und Energie, Verkehrsmittel und Nahrungsgüter aufwenden müssen. Gerade in diesen Bereichen aber sind die Verbraucherpreise am meisten gestiegen.

Die Bemühungen der Regierungen führender imperialistischer Staaten, die ständig wachsenden Rüstungslasten aufzubringen, sind schließlich einer der Hauptgründe für den zu beobachtenden rigorosen Abbau sozialer Leistungen in diesen Ländern. Begonnen hat es in Großbritannien. Im Staatshaushalt 1980/81 wurden die Staatszuschüsse für Gesundheitswesen, Bildung und Wohnungsbau empfindlich gekürzt. Andererseits bewirkte die Erhöhung indirekter Steuern auf Massenbedarfsgüter eine Kaufkrafteinbuße von vier bis fünf Prozent. Jeder zehnte Engländer lebt gegenwärtig unter der offiziellen „Armutsgrenze“.

In den USA ging man den Zuschüssen für Kindergeld und Altersheime, Gesundheitswesen und Beschäftigungsprogramme zuleibe. So werden statt bisher 6,3 Millionen Kinder nur noch 3,8 Millionen gegen gefürchtete Krankheiten geimpft. Um 30 Prozent wurden die Mittel für die Schulspeisung gekürzt. Mehr als drei Millionen Schüler erhalten keine staatlich subventionierte Schulspeisung mehr. Rund 875 000 Personen wurden Kupons für verbilligte Lebensmittel entzogen. Etwa 700 000 Familien wurden von der Liste der Sozialfürsorgeempfänger gestrichen. Insgesamt kommen 20 von den insgesamt 32,2 Milliarden Dollar, um die der Haushalt gekürzt wurde, aus dem sozialen Bereich.

Die Besorgnis über die katastrophale Wirtschaftspolitik in den Hauptländern des Imperialismus erfaßt aber nicht nur die Werkstätigen, wird nicht nur von den Gewerkschaften artikuliert. Mehr und mehr erkennen auch die Unternehmer

bis hin zu den Spitzen der Großindustrie, daß außer den Rüstungskonzernen und ihren Zulieferern kein anderer Industriezweig einen Vorteil von der Hochrüstungspolitik hat. Das macht sie zwar noch nicht zu Friedenskämpfern, aber zu Gegnern dieser Politik aus Profitgründen. „The Wall Street Journal“ schrieb am 13. April 1982: „Wenn Präsident Reagan das big business zufriedenstellen will, sollte er Abstriche an den Verteidigungsausgaben machen...“

Führende Vertreter der Gewerkschaften und der Klein- und Mittelbetriebe geben immer wieder dem Präsidenten die Schuld an der Rezession, der hohen Arbeitslosigkeit und den hohen Zinssätzen...“

Diese Haltung verwundert nicht, wenn man bedenkt, daß von 1980 bis Ende Juni 1982 in den USA 40 789 Industrie- und Handelsunternehmen bankrott gingen. In der BRD waren es 28 255, in Großbritannien 17 850. Das war die größte Welle von Firmenzusammenbrüchen seit Jahrzehnten.

Es wäre unredlich, zu verschweigen, daß auch den sozialistischen Ländern die Aufwendungen für die Landesverteidigung eine Last sind. Allerdings darf man natürlich nicht von dem sozusagen ideellen Effekt friedenssichernder Wirkung absehen, die diese Ausgaben in sozialistischen Ländern haben. Aber auch hier werden der Volkswirtschaft Ressourcen entzogen, die, auf dem zivilen Sektor eingesetzt, ein rascheres Wirtschaftswachstum und eine schnellere Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung bewirken würden.

Infolge der zentralen Planung der Wirtschaft kommt es in sozialistischen Ländern freilich nicht zu Disproportionen und Wirtschaftskrisen wie in kapitalistischen Staaten. Das ist übrigens auch eine der Hauptursachen dafür, daß das imperialistische Konzept, den Sozialismus „totzurüsten“, eine Illusion bleiben wird. Trotz der Notwendigkeit, mehr Geld und Material für die Verteidigung bereitzustellen, führt die DDR ihr soziales Programm weiter. Auch künftig also wird sich unser Lebensniveau erhöhen, sofern nur alle an ihrem Platz das Notwendige tun, um die geplanten volkswirtschaftlichen Ziele zu erreichen.

Kein Zweifel, die imperialistische Hochrüstung hat für die kapitalistischen Länder katastrophale wirtschaftliche Folgen. Sie werden mehr und mehr zu einem wichtigen existentiellen Beweggrund für das Friedensengagement der Werkstätigen in diesen Ländern und gehören gewiß auch zu den Faktoren, die deren Regierungen zu Vereinbarungen über die Begrenzung der Rüstung nötigen könnten.

## Eine Partei des Friedens

„Wir christlichen Demokraten stellen uns hinter die Beschlüsse und Vorschläge des Moskauer Welttreffens und werden das Unsere dafür tun, daß sie bei Christen in unserem Lande Widerhall finden.“ So erklärte Parteivorsitzender Gerald Götting auf der XII. Tagung des Hauptvorstandes unserer Partei als Schlußfolgerung aus einer ersten Einschätzung der Moskauer Tagung. Im Bericht des Hauptvorstandes an den 15. Parteitag sagte er: „Ereignisse wie die Moskauer Weltkonferenz religiöser Vertreter für die Rettung der heiligen Gabe des Lebens haben veranschaulicht, in welcher wirksamer Weise die Repräsentanten der unterschiedlichen Weltreligionen ihren Friedenswillen in die umfassende Friedensbewegung der Völker einzubringen vermögen.“

Die Teilnahme einer Delegation unserer Partei am Welttreffen wie auch die umfassende Auswertung seiner Ergebnisse in allen Parteigliederungen steht in ungebrochener Konsequenz der gesamten Politik unserer Partei von Anfang an. Im Blick auf den gerade zu Ende gegangenen zweiten Weltkrieg gelobten die Väter unserer CDU 1945 im Gründungsauftrag der Partei, „alles bis zum letzten auszutilgen, was dieses ungeheure Blutopfer und dieses namenlose Elend verschuldet hat, und nichts zu unterlassen, was die Menschheit künftig vor einer solchen Katastrophe bewahrt.“

Wie wir wissen, hat es in den ersten Jahren harter Kämpfe in unseren Reihen bedurft, bis sich diejenigen behauptet hatten, die jenes Gelöbnis der Gründer mit aller Konsequenz durchsetzten. Mit aller Konsequenz — das hieß tatkräftige Teilnahme an den großen revolutionären Umwälzungen, durch die die Machtverhältnisse in unserem Lande total verändert wurden. An die Stelle der Macht des Kapitals trat die Macht der Arbeiter und Bauern. Denn jene Macht des Kapitals und ihre Repräsentanten waren ja die Schuldigen gewesen. Um ihre Herrschaft zu erhalten, hatten sie als letztes Mittel den Faschismus auf den Plan gerufen. So war der Sieg der Kräfte des Fortschritts in unserer Partei zugleich auch die erste und — aus heutiger Sicht betrachtet — grundlegende und entscheidende Friedenstat.

Als diese Entscheidung einmal gefallen war, haben wir alle Schritte unserer Partei im Sinne des zentralen und fundamentalen Erfordernisses getan, den Frieden zu erhalten, zu festigen und zu sichern. Davon war auch unser Engagement für das Bündnis bestimmt, das wir mit den demokratischen

Kräften eingingen. Die in der Erklärung der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien vom 12. August 1945 manifestierte „Möglichkeit zur friedlichen Erneuerung unseres Vaterlandes“ war für zahllose unserer Mitglieder der Kernsatz und der hauptsächlichste Beweggrund für die Beteiligung unserer CDU an diesem Bündnis, das zum Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien und zur Zusammenarbeit der Parteien und Massenorganisationen in der Nationalen Front führte. Das gilt bis zum heutigen Tag.

Schon frühzeitig hatte Otto Nuschke darauf hingewiesen, daß in der Friedensfrage auf keinen Fall mit dem guten Willen auszukommen sei, sondern daß es nötig sei, „auch den Ursachen nachzugehen, aus denen die Kriege entstehen, und alles daranzusetzen, daß diese Ursachen beseitigt werden.“ Nach dieser Erkenntnis haben wir stets gehandelt. Aus ihr entsprang auch die auf dem 5. Parteitag 1950 formulierte Feststellung, daß der Sozialismus „der Hort des Friedens“ ist. Das führte zu jenem „Ex oriente pax“, das seither dem Emblem unserer Partei zugehört. Schon 1954, als das noch keineswegs in aller Munde war, haben wir auf unserem 7. Parteitag festgestellt: „Koexistenz — das ist heute der Friede, der Weg zum Aufbau einer friedliebenden Welt.“ Den Gedanken, das Prinzip und die Politik der friedlichen Koexistenz haben wir aufgegriffen, weil dies in vollem Maße dem Geist entspricht, der unsere Partei prägt.

Leitlinien dieser Art waren es denn auch, die unsere CDU befähigt haben, dem Dienst am Frieden, der den Hauptinhalt der Politik unserer DDR von Anbeginn an ausmacht, entscheidende Momente beizufügen. Dazu gehört die Aufarbeitung der Einsicht, daß die Friedensbotschaft des Evangeliums keineswegs nur auf den Frieden des Menschen mit Gott zielt, sondern daß sie als Ruf aufzufassen ist, Frieden auch zwischen den Menschen und Völkern zu stiften. Das war es, was unsere Partei 1950 veranlaßte, in den „Fünf Thesen zur Beteiligung der Christen am Friedenskampf“ festzustellen: „Im Mittelpunkt des 2000jährigen Wirkens des Christentums steht die Aufgabe der Verkündigung des Friedens. Die religiöse Gewißheit des Seelenfriedens der christlichen Menschen ohne Rücksicht auf diese Welt ist keine Lösung dieser Aufgabe... Die Verwirklichung der christlichen Lehre erfordert also die Sicherung des Friedens auf Erden durch die Ablehnung, Bekämpfung und Verhinderung der Kriege. Es kann deshalb keinen Christen geben, der nicht Kämpfer für den Frieden ist.“

Im Laufe der Jahrzehnte haben wir in der politisch-ideologischen Arbeit unserer Partei diese damals formulierte Erkenntnis von der Untrennbarkeit des Seelenfriedens mit dem irdischen Frieden immer weiter ausgebaut. Damit haben wir in unserem Lande der Friedensbewegung schon frühzeitig eine Kraft hinzugefügt, die ganz wesentlich zu ihrer Stärkung und Komplettierung beigetragen hat — den Willen von Christen, ihre glaubensgeprägte Überzeugung für den Frieden auf Erden an der Seite nichtchristlicher Friedenskräfte zu praktizieren. Stets sind wir vertreten und sagen unser Wort, wenn weltumspannende Manifestationen zum Frieden mahnen, wie — um nur einige Beispiele aus den letzten Jahren zu nennen — 1973 der Weltkongreß der Friedenskräfte in Moskau, 1976 die Weltkonferenz für die Einstellung des Wettrüstens, für Abrüstung und Entspannung in Helsinki, 1977 das Welttreffen der Erbauer des Friedens in Warschau oder 1980 das Weltparlament der Völker für den Frieden in Sofia.

Mitglieder unserer Partei arbeiten konstruktiv in zahlreichen internationalen Gremien mit wie etwa in der Interparlamentarischen Union oder im Internationalen Komitee für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit. Mit Wort und Beispiel haben wir zu den großen Begegnungen der religiösen Friedenskräfte in Moskau beigetragen. Im Dienste und im Geiste des Friedens stehen die vielfältigen Auslandsaktivitäten unserer Partei, besonders der Mitglieder ihrer Volkskammerfraktion. Genauso aber tun unsere Mitglieder ihre Friedenspflicht im Alltag, an dem Platz, an dem sie stehen — in Beruf wie in ehrenamtlicher gesellschaftlicher Arbeit.

Friedenserziehung — ein Begriff, der seit einiger Zeit sehr modern geworden ist —, war für uns von Anbeginn ein primärer Bestandteil unserer politisch-ideologischen Arbeit. Wir betreiben Friedenserziehung als komplexe Aufgabe, die die Generationen wie die Geschlechter umfaßt, die Politik wie die Ökonomie und Kultur, den sozialen Bereich wie den der Landesverteidigung. Dabei haben wir stets das Bild der Welt, wie sie wirklich ist, zugrundegelegt. Ganzheit der Friedenserziehung — das hieß für uns stets, der glaubensmäßigen Motivation unseres Friedensdienstes geschichtliche Erfahrungen und die Kenntnis der gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten hinzuzufügen.

So haben wir das aus christlicher Verantwortung erwachsende Friedensstreben unserer Freunde zunehmend mit Erkenntnissen der modernen Gesellschaftswissenschaften unteretzt. Daß Kriege kein Strafgericht Gottes an der sündigen

Menschheit sind, sondern daß sie höchst irdische, reale Wurzeln besitzen, daß die kräftigste dieser Wurzeln die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist, daß Kriege deshalb durchaus nichts Schicksalhaftes an sich haben, sondern handfestem Macht-, Expansions- und Profitstreben entspringen, daß ihnen deshalb mit der Errichtung und mit dem Erstarken des realen Sozialismus die Axt an die Wurzel gelegt ist — das wurde uns und damit vielen unserer Mitchristen zur wissenschaftlich begründbaren und begründeten Gewißheit. Damit haben wir christliches Friedensstreben über den guten Willen hinaus konkret, zielstrebig und effektiv gemacht.

Das Engagement unserer Mitglieder blieb nicht ohne Einfluß auf den Friedensdienst der Kirchen. Mit Wort und Beispiel, in ihrer Kirchengemeinde wie in kirchlichen Räten, halfen sie mit, daß sich allmählich und gegen manchen Widerstand die Erkenntnis formte, daß Kirchenleitungen den Anliegen, Intentionen und Lebensinteressen ihrer Gemeindeglieder nur entsprechen können, wenn sie nicht nur ihr Wort zum Frieden sagen, sondern sich durch Taten für ihn engagieren, die das gemeinsame Handeln der weltweiten Friedensbewegung stärken.

Unser 15. Parteitag im Oktober 1982 war der bisherige Höhepunkt unseres Wirkens für den Frieden. Aus einer gründlichen Analyse sowohl der Beweggründe christlichen Friedensdienstes wie auch der Weltlage sei ein Komplex herausgegriffen, den der Vorsitzende unserer Partei im Bericht des Hauptvorstandes in Korrespondenz mit Aussagen des Moskauer Welttreffens hervorhob — unsere Verantwortung für unseren Kontinent: „Gegenwart und Zukunft unseres Erdteils — vom Nordkap bis zum Mittelmeer, vom Ural bis zu den Gestaden des Atlantik — sind heute in die gemeinsame Verantwortung seiner Völker gegeben. Europa ist ihrer aller Haus, und gleichermaßen haben sie dafür zu sorgen, daß dieses Haus bewohnbar bleibt. Das ist die oberste Aufgabe jeglicher Politik in Europa, das ist unsere Pflicht gegenüber der Mitwelt und gegenüber denen, die nach uns kommen werden — unsere Pflicht auch gegenüber den Völkern der anderen Kontinente. Denn in vieler Hinsicht hängt vom Frieden in Europa der Friede in der Welt ab.“

In der Erklärung des Parteitages „All unsere Kraft zum Schutze des Friedens, zur Bewahrung des Lebens“ haben wir dann Erfahrungen aus fast vier Jahrzehnten der Arbeit für den Frieden zusammengefaßt:

- „Christliches Friedensstreben gewinnt in dem Maße an Wirksamkeit, wie es sich auf geschichtliches Wissen, auf gesellschaftliche Einsichten und politische Erkenntnisse gründet. Individuelle Friedfertigkeit genügt nicht; Friedensengagement verlangt politisches Engagement.
- Christliches Friedensstreben gewinnt in dem Maße an Wirksamkeit, wie es zu klarer Parteilichkeit findet. Vermeintlich neutrale Positionen erwiesen sich stets als ohnmächtig; notwendig und geboten ist es vielmehr, im Eintreten für den Frieden entschieden gegen dessen Widersacher, für die Verfechter und Vorkämpfer der Politik der Entspannung und der friedlichen Koexistenz Partei zu nehmen.
- Christliches Friedensstreben gewinnt in dem Maße an Wirksamkeit, wie es sich auf die Erkenntnis gründet, daß der Sozialismus auch mit seiner Sicherheits- und Verteidigungspolitik dem Frieden dient. Solange der Sozialismus militärisch bedroht wird, gehören seine Friedenspolitik und seine Verteidigungsbereitschaft zusammen, ist folglich auch der Wehrdienst im Sozialismus eine legitime Form christlichen Friedensdienstes.
- Christliches Friedensstreben gewinnt in dem Maße an Wirksamkeit, wie es sich in das gemeinsame Handeln aller Friedenskräfte, von Marxisten, Christen und anderen Humanisten einreihet. Seit Entstehen der Friedensbewegung in der DDR vor mehr als drei Jahrzehnten gab und gibt sie allen friedliebenden Kräften — unabhängig von ihrer weltanschaulichen oder Glaubenshaltung — eine gute und bewährte Plattform für ihren Friedensdienst.“

Mit solchem Denken und Handeln entsprechen wir ganz gewiß auch am besten dem, was wir in Moskau mit den Vertretern der anderen Weltreligionen gemeinsam bekundet und beschlossen haben. Wir tun unseren Friedensdienst im Sinne jenes Bonhoeffer'schen Optimismus als einer „Kraft, die die Zukunft niemals dem Gegner läßt, sondern für sich in Anspruch nimmt“.

In der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ erschienen zuletzt:

- 210 Günter Wirth, Menschenbildung — Zum 175. Todestag von Johann Gottfried Herder
- 211 Werner Wünschmann, Dem Frieden und dem Wohle des Menschen zu dienen — Anliegen und Auftrag christlicher Künstler
- 212 Gerald Götting, Martin Luther und wir — Zum 500. Geburtstag des Reformators
- 213 Gerald Götting, Macht des Friedens — Zum 60. Jahrestag der Gründung der UdSSR

EVP 0,50 M

Vertrieb an den Buchhandel durch Union Verlag (VOB) Berlin